

Rechenschaftsbericht des Vorstands 2013 – 2014

vorgelegt zur Mitgliederversammlung am 27. September 2014

- Bericht über Aktivitäten im Zeitraum September 2013 bis August 2014
- Finanzbericht 1.1. – 31.12.2013
- Vorschau auf 2015

Impressum

Herausgeber:

Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Telefon +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Büro Berlin

Stresemannstr. 72

D-10963 Berlin

Telefon +49 (0)30 / 28 88 356-0, Fax -1

Internet: www.germanwatch.org

E-Mail: info@germanwatch.org

Redaktion:

Daniela Baum

September 2014

Bestellnr.: 14-9-01

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter:

www.germanwatch.org/de/8933

Inhalt

A	Politische Rahmenbedingungen	4
B	Die Basis unserer Arbeit	7
C	Unsere Arbeit	9
	Unternehmensverantwortung	9
	Welternährung, Landnutzung und Handel.....	14
	Deutsche und EU-Klimapolitik.....	16
	Internationale Klimapolitik.....	21
	Bildung für nachhaltige Entwicklung.....	29
	Entwicklungsfinanzierung	33
	Pressearbeit.....	34
	Öffentlichkeitsarbeit	37
D	Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen	39
E	Finanzbericht – Kalenderjahr 2013	41
F	Ausblick	49

A Politische Rahmenbedingungen

Kooperation statt Konfrontation als Grundlage von Transformation

„Deutschland soll mehr internationale Verantwortung übernehmen“ – das meinen viele und auch Bundespräsident Gauck betont dies immer wieder. Es gehörte 1991 zu den Gründungsideen von Germanwatch, Politik und Wirtschaft in einem größer gewordenen Deutschland auf die Finger zu schauen – was dann auch namensgebend für unsere Organisation wurde. Wird diese gewachsene Verantwortung aber auch verantwortlich wahrgenommen? Derzeit hat man den Eindruck, dass politisch „mehr Verantwortung übernehmen“ in Deutschland zunehmend auf „militärisch Verantwortung übernehmen“ enggeführt wird – trotz der doch sehr zweifelhaften Ergebnisse solcher Einsätze von Irak über Afghanistan bis Libyen. Und Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer deklariert mit „bewaffneter Offenheit“ (SZ, H. Prantl, 29.07.2014) die geltenden Richtlinien für Rüstungsexporte, wonach diese „einen Beitrag zur Sicherung des Friedens, der Gewaltprävention, der Menschenrechte und einer nachhaltigen Entwicklung in der Welt“ leisten sollen, quasi als Geschwätz. Eine Generaldebatte darüber, was es für Deutschland und die EU heute bedeutet, Verantwortung zu übernehmen, scheint überfällig. Die Frage, welche Unterstützung den Jesiden und Kurden gegeben werden sollte, müsste auf der Grundlage einer solchen Debatte und nicht davon losgelöst im Einzelfall unter Zeitdruck getroffen werden.

Germanwatch ist keine klassische Friedensorganisation. Doch unsere Arbeit für mehr globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen haben wir immer auch verstanden als eine mitentscheidende Voraussetzung dafür, dass Wünsche nach Sicherheit, Wohlstand und Frieden hier bei uns und weltweit in Erfüllung gehen können.

Viele der Kriege weltweit haben den Zugang zu Energie und Rohstoffen als eine wesentliche Triebfeder. Ein konfrontatives Vorgehen in diesem Kontext erscheint den selbstauserufenen Realisten durchaus als salonfähig. Dabei war die kooperative Lösung von Energiefragen mit wechselseitiger Abhängigkeit selbst im Kontext des kalten Krieges eine der zentralen Säulen der Einhegung des Konfliktes. Aus gutem Grund hat Moskau bislang nie gewagt, gegenüber der EU am Gashahn zu drehen – und diese wechselseitige Abhängigkeit war eine der stabilen Säulen des ansonsten angespannten Verhältnisses.

Heute ist selbst dieses Rückgrat der Kooperation zwischen Russland und der EU gefährdet. Der Konflikt um die Sicherheit der Energieversorgung droht vom kooperativen in ein konfrontatives Paradigma zu kippen. Schnell kann das in tiefgehenden Auseinandersetzungen zwischen Staaten und auch innerhalb von Staaten enden.

Genau das ist jetzt wieder an der Ostgrenze der EU rund um die Ukraine-Krise geschehen, wo ein erst seit 1991 existierender eigenständiger junger Staat völlig aus der Balance geraten ist und sich den Fliehkräften einer nicht aufgearbeiteten Vergangenheit und den Drohgebärden von Nachbarn ausgesetzt sieht. Die aktuellen Macht- und Interessenslagen sind dabei in Rechnung zu ziehen, aber auch die unterschiedlichen Erinnerungskulturen und die jeweiligen historischen und religiös-kulturellen Kontexte. Deutlich wird: nicht vorschnelles Urteilen und Verurteilen sind hier angebracht, sondern die Fähigkeit zu differenzieren und Perspektivwechsel zuzulassen.

Interessant ist, dass die meisten Herausforderungen der „humanitären Sicherheit“ – Klimasicherheit, Wassersicherheit, Ernährungssicherheit – nur oder zumindest viel besser kooperativ als konfrontativ zu lösen sind. Erneuerbare Energien und Energieeffizienz scheinen sich als Rückgrat einer Energieversorgung zu eignen, die auch die Frage der Energiesicherheit kooperativ lösen will, indem sie die Zwänge endlicher Ressourcen reduziert. Eine solche Energiewende kann so zugleich als Beginn einer ernsthaften Bewegung hin zu einer Kreislaufwirtschaft verstanden werden, in der auch Rohstofffragen kooperativ gelöst werden.

Wir befinden uns weltweit am Anfang dieser Transformation, bei der es Gewinner und Verlierer geben wird. Die Bereitschaft hinzuhören, unterschiedliche Perspektiven und Logiken zu verstehen, haben wir auch in der Klimadebatte immer wieder zeigen müssen. Auch zuletzt wieder, als wir uns stärker mit Polen als wichtigem (Kohle-)Energie- und Ausrichter des 19. UN-Klimagipfels im Dezember 2013 beschäftigt haben. Hier können Wertschätzung, Verstehen von Ängsten, Erkennen der großen Potenziale und Ausloten von Kooperationsmöglichkeiten zu neuen gemeinsamen Transformationsschritten ermutigen. Derzeit unterstützen wir verschiedene Versuche, damit es im Oktober 2014 in der EU zu wichtigen Beschlüssen kommt, Erneuerbare Energien und Energieeffizienz als Grundlage einer gemeinsamen Klimastrategie, aber eben auch als Grundlage einer gesicherten Energieversorgung massiv auszubauen. Richtig initiiert könnte daraus auch ein Beschäftigungsprogramm in großen Teilen der EU werden, wo die Wirtschaftskrise eine ganze Generation um ihre Perspektive zu berauben droht.

Bezüglich fast aller unserer Themen haben wir uns in den letzten Monaten mit einer zukunftsfähigen Perspektive für die EU und ihre Menschen beschäftigt. Was bedeutet hier verantwortungsvolle Verantwortungsübernahme, wenn man betrachtet, wie bedeutsam Deutschland politisch und ökonomisch in der EU ist? Was bedeutet diese angesichts der Krisenerscheinungen in und rund um die EU? Baustellen über Baustellen: Die verfehlt Agrar-, die einseitige Austeritäts-, Banken- und Finanzpolitik, die schwächelnde Klima- und Energiepolitik, die inkonsistente Nachhaltigkeitsstrategie oder die inkonsistente gemeinsame Außenpolitik.

Zunehmend spielen sich in der EU Populisten – zum Teil singen sie das Hohelied eines gefährlichen Nationalismus – als Retter für die Menschen auf, die bei den zunehmenden Krisen unter die Räder kommen. Da preist etwa Ungarns Ministerpräsident Orbán Staaten wie China, Singapur, Russland oder die Türkei als „politische Systeme, die nicht westlich, nicht liberal und in manchen Fällen nicht einmal demokratisch, aber nationale Erfolgsgeschichten“ (SZ, 29.7.2014) seien. Die EU-Wahlen haben die Populisten – auch rechte Gruppen – gestärkt. Nach der Neubestellung muss die Kommission erst einmal wieder handlungsfähig werden. All dies zeigt aber auch, wie wichtig und wertvoll – für Deutschland und die anderen um uns herum – das Friedensprojekt Europäische Union ist. Wenn die EU heute diese Rolle überzeugend übernehmen will, gilt es für sie, das Projekt der Nachhaltigkeit – eine kooperative Energie- und Rohstoffversorgung – ins Zentrum der EU-Innen- und -Außenpolitik zu stellen. Leitplanken dafür sind die unverhandelbaren Grenzen des Planeten ebenso wie die Menschenrechte – von den Freiheitsrechten bis zu den Rechten auf Nahrung und Wasser.

Beim Blick auf die schlechte sozio-ökonomische Situation vieler unserer europäischen Nachbarn, die zunehmenden Krisen und die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich weltweit sowie die Konflikte bzw. Kriege in der Ukraine, in Syrien, Gaza und anderen Regionen, muss man sich aber auch fragen: Auf welcher Insel der Seligen leben wir denn eigentlich in Deutschland?

Angesichts dessen arbeiten wir in fast allen unseren Projekten in der einen oder anderen Form an zwei Aufträgen:

Einerseits genau hinzuschauen, was in Deutschland und rund um „Made in Germany“ vielleicht wirklich gut gelaufen ist und was die Ursachen dafür waren und sind: zumindest grundsätzlich gehören hierzu die Energiewende, das hohe Umweltbewusstsein, ein bislang gutes Bildungssystem, vor allem bzgl. der dualen Berufsbildung, oder auch die Sozialpartnerschaft.

Zum anderen zu analysieren und Schlüsse daraus zu ziehen, wo wir als Deutschland Menschenrechte oder die planetarischen Grenzen verletzen, von Unrechtsstrukturen profitieren oder gar selber solche kreieren: Nutznießen von Ausbeutung in den Lieferketten; eine Viehwirtschaft, die durch ihre Futtermittelimporte im Konflikt mit Ernährungssicherheit und Regenwaldschutz steht, das Trinkwasser verunreinigt und Tierschutz mit Füßen tritt; ein immer skrupelloserer Waffenhan-

del auch mit sehr zweifelhaften Staaten; Wegwerfmentalität statt Kreislauforientierung und daraus folgende Ressourcen- und Energievergeudung; der wieder wachsende CO₂-Ausstoß... .

Mit unserem Team Unternehmensverantwortung, das die Verantwortung insbesondere deutscher Unternehmen für einige unserer Schwerpunktthemen einfordert, setzen wir auf beiden Ebenen an. Zum einen spornen wir durch aktive Mitarbeit die Unternehmen an, die im Global-Compact-Netzwerk nicht Greenwashing betreiben, sondern Vorreiter sein wollen. Zum anderen drängen wir auf Verbindlichkeit, etwa da, wo Wettbewerbsvorteile von Trittbrettfahrern den Vorreitern das Leben schwer machen oder wo es um Menschenrechte geht, die ohne Ausnahme von allen geschützt werden müssen. In unserem Prioritätsfeld „Umsetzung der UN-Leitsätze für Wirtschaft und Menschenrechte“ haben wir mit den drei Säulen (Staatenpflichten – Unternehmerische Verantwortung – Abhilfemaßnahmen für Betroffene) sehr hilfreiche Ansatzpunkte gefunden, die nun umfassender für die Praxis übersetzt und – gerade auch beim Exportweltmeister Deutschland – implementiert werden müssen. Es war ein weiterer Meilenstein für die Arbeit von Germanwatch, dass wir die Umsetzung in Deutschland in diesem Jahr erstmals gemeinsam mit Misereor im Bericht „Globales Wirtschaften und Menschenrechte – Deutschland auf dem Prüfstand“ grundlegend unter die Lupe genommen und eine entsprechende Aufmerksamkeit von Unternehmen, Politik und Medien erhalten haben.

Als deutsche NGO müssen wir uns angesichts der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich sowie der zunehmend spürbaren „Grenzen des Planeten“ immer wieder fragen: Auf welcher Seite stehen wir denn?

Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt, in einem zunehmend zur Festung ausgebauten Europa. Wir haben bei einer Klausur diskutiert, ob der Begriff „Globale Apartheid“ diese sich global zuspitzenden Tendenzen auf den Punkt bringen könnte. Wir haben uns nicht dazu durchgerungen, da der historische Kontext die Nutzung des Begriffs Apartheid außerhalb der gesetzlich verordneten Rassentrennungspolitik Südafrikas eigentlich nicht erlaubt und die Kritik daran relativieren könnte. Aber dies ändert nichts daran, dass wir Position beziehen müssen: Wir müssten schon drei oder vier Planeten haben, wenn alle Menschen so leben wollten wie der durchschnittliche Deutsche – vom Energieeinsatz über das Mobilitätsverhalten bis hin zum (Fleisch-)Konsum. Zugleich erleben wir zunehmend, dass sich die zehn reichsten Prozent der Menschheit in immer mehr Ländern vor dem Rest der Menschen abschirmen – ohne Verantwortung für Bildung, Infrastruktur und Umwelt zu übernehmen. Das ist kein kooperatives Arbeiten an Modellen, die allen ein Leben in Würde und innerhalb der Grenzen des Planeten ermöglichen. Vielmehr verkommt der Kampf um Freiheit zum Kampf um einen privilegierten Lebensstil. Die Tea Party ist ein prägnanter Ausdruck dieses Politikmodells. Hier müssen wir Position beziehen und haben dies – wie dieser Bericht zeigt – auch in den letzten Monaten immer wieder getan.

B Die Basis unserer Arbeit

Germanwatch ist ein Projekt, das von vielen Menschen, die dabei unterschiedliche Verantwortung übernehmen, getragen wird: zusammen mit Mitgliedern und Förderern, haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen konnte sich Germanwatch konstruktiv in die nationale und internationale Umwelt- und Entwicklungspolitik einbringen. Diese Basis unserer Arbeit und ihre Entwicklung möchten wir im Folgenden kurz darstellen. Die finanziellen Grundlagen einschließlich Spenden, Mitgliedsbeiträgen und Zuschüssen werden im Finanzbericht (Kapitel E) gesondert vorgestellt.

Unsere Mitglieder und SpenderInnen

Zu Germanwatch gehören aktuell 600 Mitglieder (siehe Tabelle), darunter 343 stimmberechtigte Mitglieder, 248 Fördermitglieder und 9 Ehrenmitglieder (Stand 27.08.2014). Wie die folgende Tabelle zeigt, hat es gegenüber dem Vorjahr eine leichte Verringerung der Anzahl der Mitglieder um 3 Personen (= 0,5%) gegeben.

Mitgliederentwicklung seit 2003

2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
440	447	457	478	526*	542*	494	535	560	575	603	600

*einschließlich befristeter Mitgliedschaften (Ökostrom-Aktion, siehe Rechnungsbericht 2009)

Neben den Mitgliedern gibt es einen noch größeren Kreis von Menschen, die Germanwatch auf anderen Wegen unterstützen: mit großen und kleinen Spenden, mit Zustiftungen an die Stiftung Zukunftsfähigkeit (die neben wenigen Eigenaktivitäten ausschließlich Germanwatch unterstützt) und durch aktive Mitarbeit, u. a. in unserem UN-Klimaverhandlungs-Team und den Regionalgruppen in Hamburg und München.

Allen UnterstützerInnen bieten wir einen besonderen Einblick in unsere Arbeit und Themen mit dem in diesem Jahr deutlich weiterentwickelten Mitgliederrundbrief, der jetzt EINBLICK heißt, sowie den Germanwatch-Kurznachrichten (Bestellmöglichkeit und weitere Infos siehe Kasten „Service“).

Die Einnahmen aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen konnten auch 2013 erneut zu einem neuen Höchststand geführt werden. Dies lag insbesondere an einem Anstieg projektgebundener Großspenden.

Ausgebaut wurde auch der Service für UnterstützerInnen, die die Arbeit von Germanwatch mit einem größeren Beitrag in Form einer Spende oder Zustiftung fördern wollen. So steht nun Susan Weide – ehemals Referentin für Klimakooperation Wirtschaft & NGOs bei Germanwatch – Klaus Milke, dem Vorstandsvorsitzenden von Germanwatch & Stiftung Zukunftsfähigkeit, als Assistentin zur Seite. Sie unterstützt ihn auch bei der Betreuung von ZustifterInnen und GroßspenderInnen.

Gemeinsam haben Vorstand und Kuratorium der Stiftung Zukunftsfähigkeit in Kooperation mit dem Team Öffentlichkeitsarbeit neue Möglichkeiten geschaffen, mittels neuer Fundraising-Instrumente zur Weiterentwicklung von Germanwatch beizutragen (mehr hierzu siehe Artikel „Transformation stiften. Wie unsere Stiftung große Wirkung für Germanwatch erzielt“, EINBLICK 1/2014, S. 7–9).

Sie möchten die Zukunftsfähigkeit von Germanwatch mit einem größeren finanziellen Beitrag unterstützen? Bitte wenden Sie sich an:

Susan Weide, Assistentin des Vorstandsvorsitzenden von Germanwatch & Stiftung Zukunftsfähigkeit,
Tel.: +49 (0)30 / 28 88 356-97 +++ E-Mail: weide@germanwatch.org / weide@stiftungzukunft.de

MitarbeiterInnen und Vorstand

Aktiver Kern der Arbeit von Germanwatch sind der ehrenamtliche Vorstand sowie die MitarbeiterInnen der beiden Büros in Bonn und Berlin (siehe dazu die folgenden Kapitel). Die Mitglieder des Vorstands tagen im Abstand von rund zwei Monaten und bringen sich auch darüber hinaus in ihrem jeweiligen Kompetenz- und Erfahrungsbereich intensiv in die Arbeit von Germanwatch ein, soweit es ihre jeweiligen zeitlichen Ressourcen zulassen. Der Vorstandsvorsitzende nimmt dabei in besonderer Weise hochrangige Lobby- und Repräsentations- sowie Vernetzungsaufgaben wahr. Darüber hinaus leisten ehrenamtliche MitarbeiterInnen, PraktikantInnen und Honorarkräfte einen wichtigen Beitrag zum Erfolg der Arbeit von Germanwatch. In halbjährlichen Klausurtagungen von Vorstand und Mitarbeitenden finden wichtige Abstimmungen über die Zukunftsorientierung statt, wozu sowohl politisch-inhaltliche Strategien als auch die Organisationsentwicklung zählen.

Germanwatch-Vorstand

	Klaus Milke Vorstandsvorsitzender		Anne-Kathrin Kirchhof Stellvertretende Vorstandsvorsitzende		Michael Windfuhr Schatzmeister
	Sven Harmeling Vorstandsmitglied		Prof. Dr. Carlo Jäger Vorstandsmitglied		Anne Koch Vorstandsmitglied
	Dr. Stefanie Ricarda Roos Vorstandsmitglied		Tilman Santarius Vorstandsmitglied		Dr. Klemens van de Sand Vorstandsmitglied
	Susan Weide Assistentin des Vorstandsvorsitzenden				

Geschäftsführung

	Christoph Bals Politischer Geschäftsführer		Dr. Gerold Kier Administrativer Geschäftsführer	
	Vera Künzel Assistentin der Politischen Geschäftsführung		Judit Mays Assistentin der Administrativen Geschäftsführung	

C Unsere Arbeit

Die inhaltliche Tätigkeit von Germanwatch gliedert sich in fünf Felder, die wir mit entsprechenden Teams bearbeiten:

- Deutsche und EU-Klimapolitik
- Internationale Klimapolitik
- Unternehmensverantwortung
- Welternährung, Landnutzung und Handel
- Bildung für nachhaltige Entwicklung

Dabei haben wir übergreifend global- und entwicklungspolitische Zielsetzungen für eine nachhaltige Strukturpolitik im Blick. Globale Gerechtigkeit und der Erhalt der Lebensgrundlagen nehmen in allen unseren Themenbereichen eine zentrale Stellung ein.

Unternehmensverantwortung

Das Team Unternehmensverantwortung setzt sich dafür ein, dass Unternehmen bei ihren Auslandsaktivitäten menschenrechtliche, soziale und ökologische Standards beachten und mit ihrem Kerngeschäft zur Lösung globaler Herausforderungen beitragen. Dafür muss die Politik die erforderlichen Instrumente etablieren und für ihre Umsetzung sorgen. Unser Fokus liegt dabei auf der nationalen und der europäischen Ebene – im Berichtsraum wurden hier aufgrund der Bundestagswahl und der Wahlen zum Europäischen Parlament wichtige Weichen gestellt.

Ziel eins: Durch einen ambitionierten nationalen Aktionsplan die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte konsequent umsetzen

Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte aus dem Jahr 2011 sind derzeit der wichtigste internationale Referenzrahmen für Unternehmensverantwortung. Wie wird er in Deutschland umgesetzt? Die Arbeit in unserem Team war im Berichtszeitraum geprägt durch das Erarbeiten und Veröffentlichen des Berichtes „Globales Wirtschaften und Menschenrechte – Deutschland auf dem Prüfstand“. In dem Kooperationsprojekt mit Misereor haben wir anhand der drei Säulen der UN-Leitprinzipien (Schutzpflichten der Staaten – Unternehmerische Sorgfaltspflicht – Abhilfemaßnahmen für Betroffene) den Stand der Umsetzung der Leitprinzipien in Deutschland analysiert und bewertet. Der Bericht hat auf politischer Ebene und bei Unternehmen wichtige Impulse gesetzt, wie Reaktionen sowohl aus Ministerien und von Bundestagsabgeordneten als auch aus der Wirtschaft zeigen. Politische Akteure schätzten den Bericht insbesondere vor dem Hintergrund des ausstehenden Prozesses für den überfälligen nationalen deutschen Aktionsplan. Auch das Presseecho war sehr gut (siehe Bericht Pressearbeit).



Bereits im Vorfeld des Berichtes hatte Germanwatch gemeinsam mit dem CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung und dem Forum Menschenrechte, aber auch mit dem Deutschen Global Compact Netzwerk, die letzte Bundesregierung mehrfach aufgefordert, entsprechend den

Erwartungen des UN-Menschenrechtsrats und der EU-Kommission einen nationalen Aktionsplan zu Wirtschaft und Menschenrechten zu erarbeiten. Dieses Anliegen haben wir in die Koalitionsverhandlungen erneut eingebracht. Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung lässt mit seinem Bekenntnis zu einer nationalen Umsetzung der UN-Leitprinzipien hoffen, dass Deutschland das Thema nun engagierter als bisher angeht. Für das Umsetzungsverfahren haben wir uns im Februar zusammen mit den genannten Netzwerken mit konkreten Vorschlägen auch gegenüber der neuen Bundesregierung und dem neuen Bundestag zu Wort gemeldet. In zahlreichen Lobbygesprächen mit MinisteriumsvertreterInnen sowie mit Bundestagsabgeordneten haben wir unser Anliegen wiederholt vorgetragen. Aufgrund regierungsinterner Abstimmungsprobleme hat bis zur Sommerpause noch kein Umsetzungsprozess begonnen.

Regional haben wir die Umsetzung der UN-Leitprinzipien ebenfalls vorangetrieben, insbesondere im Rahmen des Berliner Eine-Welt-PromotorInnenprogramms und damit über dieses sogar über Berlin hinausgewirkt: In NRW entstand ein Dialog mit dem Wirtschaftsministerium und VertreterInnen aus Parlament und Staatskanzlei zu den Anknüpfungspunkten Außenwirtschaftsförderung, Land als Anteilseigner von Unternehmen und öffentliche Beschaffung auf Landesebene.

Ziel zwei: Durch Offenlegungspflichten Transparenz über soziale und ökologische Auswirkungen von Unternehmen schaffen

Transparenz ist die Grundlage, damit die interessierte Öffentlichkeit, vor allem aber auch kritische Akteure der Zivilgesellschaft und des Finanzmarktes, das Handeln von Unternehmen bewerten können. Ein Fokus der Arbeit von Germanwatch lag deshalb darauf, den Richtlinienvorschlag der EU-Kommission von April 2013 zur Offenlegung von nichtfinanziellen Informationen durch Unternehmen konstruktiv zu beeinflussen. Im Rahmen der AG Offenlegung des CorA-Netzwerkes verfasste und verbreitete Germanwatch Hintergrundpapiere, führte Gespräche im Justizministerium und informierte das CorA-Netzwerk. Hinsichtlich der Strategieplanung und der Inhalte der Forderungen stimmten wir uns mit vielen europäischen NGOs über den Dachverband ECCJ umfangreich ab. So konnte sowohl die europäische als auch die Ebene der Mitgliedstaaten strategisch bearbeitet werden.

Ein zentraler Erfolg auf europäischer Ebene war, dass wir gemeinsam mit anderen europäischen NGOs in Bezug auf den Bericht des federführenden Rechtsausschusses mit nahezu allen unseren inhaltlichen Änderungsvorschlägen überzeugen konnten. In den folgenden Verhandlungen mit dem Ministerrat setzte sich allerdings insbesondere die schwarz-gelbe Bundesregierung dafür ein, viele der Vorschläge wieder zu streichen. Im Ergebnis wird es dennoch zum ersten Mal eine gesetzliche Pflicht für Unternehmen geben, nichtfinanzielle Informationen u. a. zu Menschenrechten, Korruption oder Umweltbelangen offenzulegen. Zwar sind jetzt nur noch börsennotierte Unternehmen ab 500 Beschäftigten (direkt) betroffen, dafür müssen diese Unternehmen aber immerhin auch die menschenrechtlichen und umweltschädigenden Risiken und Auswirkungen ihrer Zulieferkette berücksichtigen – des Bereichs, in dem die meisten Menschenrechtsverletzungen mit Unternehmensbezug stattfinden.

Als positiv für die nun folgende nationale Umsetzung bewerten wir, dass nach der Bundestagswahl die neue Bundesregierung ihre Position von Ablehnung hin zu Enthaltung änderte. Zur Öffnung der Position trugen die zielgerichteten Gespräche von Germanwatch bei, die wir nach der Ablösung der schwarz-gelben Koalition nochmals verstärkten. Germanwatch initiierte und koordinierte Lobbybriefe, die im Bündnis mit Amnesty International und dem DGB sowie dem CorA-Netzwerk u. a. an Bundeskanzlerin Merkel, Wirtschaftsminister Gabriel und Justizminister Maas gingen. Die Briefe wurden mehrheitlich zeitnah beantwortet bzw. mündeten in direkten Gesprächen.

Ziel drei: Gerichtliche und außergerichtliche Beschwerdemöglichkeiten für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen verbessern

Betroffene unternehmensbezogener Menschenrechtsverletzungen haben häufig keinen Zugang zu effektivem Rechtsschutz im eigenen Land und können ihre Rechte auch nicht in der EU durchsetzen. Germanwatch setzt sich dafür ein, dass die Rechte von Menschen, deren Menschenrechte von Unternehmen verletzt sind, gestärkt werden. Zentral dafür ist, dass Unternehmen für die negativen Auswirkungen ihrer globalen Geschäftstätigkeiten – etwa in Entwicklungsländern – in ihren Heimatländern wie z. B. Deutschland zur Rechenschaft gezogen werden können.

Seit Anfang 2014 koordiniert Germanwatch mit juristischem Sachverstand die AG Haftung des CorA-Netzwerks. Die AG möchte (rechtspolitische) Vorschläge für Rechtsänderungen erarbeiten und mittelfristig ein reformfreundliches Umfeld etablieren. Unternehmen, die Risiken erzeugen, sollen für diese auch haften müssen. Auch unser europäischer Dachverband ECCJ (European Coalition for Corporate Justice) legt für die kommenden Jahre einen strategischen Schwerpunkt auf die Stärkung der Rechte Betroffener. Dies ist ein Themenbereich der – trotz der internationalen Aufmerksamkeit für die Säulen der UN-Leitprinzipien (s. o.) – noch sehr wenig politische Aufmerksamkeit erfährt. Aus diesem Grund war das Thema auch Schwerpunkt der zweitägigen ECCJ-Mitgliederversammlung im Mai in Berlin, die Germanwatch konzipiert und federführend inhaltlich vorbereitet hat.

Darüber hinaus beschäftigen wir uns auch weiterhin mit nichtjuristischen Beschwerdemechanismen, insbesondere mit den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen. Hauptkritikpunkt an der nationalen Umsetzung in Deutschland ist weiterhin der Interessenskonflikt durch die strukturelle Anbindung der Nationalen Kontaktstelle, die Beschwerden prüfen soll, jedoch im Bundeswirtschaftsministerium angesiedelt ist, das Unternehmen fördern soll. Dazu erarbeitete Germanwatch mit den beteiligten NGOs ein Forderungspapier zu Umstrukturierungen und mit weiteren Vorschlägen für ein verbessertes Beschwerdeverfahren.

Ziel vier: Intelligenten Mix aus freiwilligen Ansätzen und verbindlichen Rahmensetzungen für faire & nachhaltige Standards in IT-Lieferkette verankern

Unser Schwerpunkt im Bereich der IT-Branche liegt auf der Ressourcenschonung. Hier setzen wir uns einerseits für unternehmerische Vorreiterrollen und andererseits für verbindliche politische Rahmensetzungen entlang der gesamten Entstehungskette bis hin zum Recycling ein. Im Berichtszeitraum nahmen wir an verschiedenen Dialogveranstaltungen teil, gaben Expertenstatements zu Themen wie Handypfand und erstellten Hintergrundinformationen zu zwei unternehmerischen



Vorreiterprojekten für soziale und ökologische Nachhaltigkeit im IT-Bereich: der (teil-)fairen Computermaus (Nager IT) und dem Fairphone. Wir identifizierten die politischen Zeitfenster auf dem Weg zu einer Kreislaufwirtschaft im IT-Sektor und beteiligten uns an den identifizierten Prozessen. Ein Beispiel ist der Umsetzungsprozess der europäischen Richtlinie zu Elektroaltgeräten (WEEE) ins

deutsche Recht (Elektro- und Elektronik-Gesetz). Um diese Fragen in die breitere Öffentlichkeit zu tragen, stellt die Pressearbeit auch in diesem Themenfeld einen wichtigen Ansatz dar (ausführlicher hierzu siehe Bericht Pressearbeit).

Als Schnittstelle zwischen der Advocacy-Arbeit auf Bundesebene und der Vermittlung unserer Themen auf lokaler Ebene waren wir im Rahmen der Berliner Promotorenstelle tätig. Aufbauend auf den erfolgreichen Materialien zu „makeITfair“ haben wir den Sukuma-Bürgerfilmpreis zum Thema faire IT begleitet sowie Vorträge gehalten und Beratungen geleistet.

Stärkung zivilgesellschaftlicher Netzwerke zu Unternehmensverantwortung

Die Information und Vernetzung der organisierten Zivilgesellschaft zum Thema Unternehmensverantwortung konnten wir im vergangenen Jahr weiter vorantreiben. Germanwatch arbeitet seit der Gründung des CorA-Netzwerkes im Jahr 2006 im Koordinationskreis mit, leitet die CorA-AG Offenlegung und die in diesem Jahr neu ins Leben gerufene CorA-AG Haftung und engagiert sich zudem in der Task-Group zu den UN-Leitprinzipien und der AG Beschaffung. Auf europäischer Ebene vertritt Germanwatch seit mehreren Jahren das deutsche Netzwerk von NGOs im Dachverband ECCJ. Weiterhin koordiniert Germanwatch die Arbeit der deutschen NGOs zum Thema OECD-Leitsätze. Auf regionaler Ebene sind wir im Berliner Landesnetzwerk BER engagiert und arbeiten im Berliner FAIRgabe-Bündnis zu öffentlicher Beschaffung mit.

Im Rahmen der Berliner Promotorenstelle haben wir die Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Fragen zum Thema Wirtschaft und Menschenrechte, etwa „Wie können deutsche Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen im Ausland haftbar gemacht werden?“, in die Arbeit von kleinen lokalen Initiativen vor Ort getragen.

Neben den *zivilgesellschaftlichen* Netzwerken sind wir auch in weiteren Initiativen zu Unternehmensverantwortung aktiv. Über den Vorstandsvorsitzenden Klaus Milke sind wir auch weiterhin im Lenkungskreis des Deutschen Global Compact Netzwerkes und im beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) angesiedelten CSR-Forum der Bundesregierung aktiv, wobei letzteres aufgrund der Regierungsneubildung im Berichtszeitraum wenig Aktivitäten entwickelt hat.

Ausblick

Für den Herbst ist endlich der Prozess zur Erarbeitung eines Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien angekündigt, an dem sich Germanwatch intensiv beteiligen und einen Schwerpunkt auf die 1. und 3. Säule legen wird. Zu unseren Schwerpunkten werden in der 1. Säule verbindliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen und in der 3. Säule gerichtliche Beschwerdemöglichkeiten der von Menschenrechtsverletzungen Betroffenen sowie die Reform der Nationalen Kontaktstelle für die OECD-Leitsätze gehören. In Bezug auf die Offenlegungspflichten folgt nun die Begleitung der nationalen Umsetzung aus zivilgesellschaftlicher Sicht mit einem Fokus auf Überprüfungs- und Sanktionsmechanismen bei lückenhafter- oder fehlerhafter Offenlegung. Zudem werden wir uns für verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflichten im Rahmen der EU-Konfliktrohstoffverordnung einsetzen. Gegenüber der IT-Industrie werden wir uns innerhalb der identifizierten politischen „Einfallstore“ für die Umsetzung des Ansatzes „Reduce-Reuse-Recycle“ engagieren.



Mitarbeiterinnen:



Cornelia Heydenreich
Teamleiterin



Johanna Kusch
Referentin für Unternehmensverantwortung



Julia Otten
Referentin für zukunftsfähiges Wirtschaften in globalen Lieferketten im Rahmen des Berliner PromotorInnenprogramms



Johanna Sydow
Referentin für Ressourcenpolitik und IT-Branche

PraktikantInnen im Berichtszeitraum: Lia Polotzek, Donata Hasselmann, Joyce-Ann Syhre

Verantwortlich seitens des Vorstands: Dr. Stefanie Ricarda Roos, Klaus Milke, Michael Windfuhr

Welternährung, Landnutzung und Handel

Ziel eins: Die deutsche und europäische Agrarpolitik nachhaltig gestalten

Nach den Beschlüssen zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) auf Ebene der EU im Dezember 2013 konzentrierte sich das Team auf die Umsetzung der Beschlüsse in Deutschland. Gemeinsam mit unserem langjährigen Projektpartner *Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft* initiierten wir einen offenen Brief. Dieser fordert Bundestagsabgeordnete und Landesregierungen dazu auf, die Spielräume in der Umsetzung in der GAP im Sinne von Umwelt-, Klimaschutz und Entwicklungspolitik zu nutzen. Die Reaktionen vor allem von Seiten der Länder waren überwiegend positiv und es gab eine Reihe von konstruktiven bilateralen Gesprächen mit Abgeordneten und LänderministerInnen. In der großen Koalition auf Bundesebene setzten sich allerdings die Positionen von Agrarindustrie und Bauernverband weitgehend durch. In einem Strategietreffen im Januar 2014 diskutierten wir mit Entwicklungs- und Umweltverbänden sowie WissenschaftlerInnen, an welchen Punkten eine erfolgversprechende Lobbyarbeit mit der neuen Regierung ansetzen kann.

Ziel zwei: Grundlegende Reformen in der Tierhaltung anstoßen

Die Diskussion konzentrierte sich dabei auf die Tierhaltung, zu der es in der GAP-Reform kaum konkrete Beschlüsse gab. Auf nationaler Ebene stehen dazu in den nächsten Monaten eine Reihe von Beschlüssen an: Von der Reform der Düngeverordnung, die entscheidend für den Umgang mit der Gülle aus der industriellen Tierhaltung ist, über das Baurecht bis zu Bestimmungen für den Tierschutz haben Bund und Länder hier großen Gestaltungsspielraum. Die Broschüre „Export in die Sackgasse“ (von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und Germanwatch) veranschaulicht die Probleme, die entstehen, wenn dieser Gestaltungsspielraum lediglich zur Kostensenkung genutzt wird, damit Fleisch und Milch aus Deutschland international wettbewerbsfähiger werden.

Ziel drei: Ernährungssicherheit und Klimaschutz als zentrale Problemfelder hervorheben

Wenn Tierhaltung vernünftig betrieben wird, kann sie durchaus mit Klimaschutz, Artenvielfalt und Ernährungssicherheit vereinbar sein. Dies hoben wir bei einem Informationsstand auf der „Global Soil Week 2013“ hervor. Grasland bedeckt etwa ein Drittel der globalen Landfläche. Durch eine nachhaltige Nutzung mit Wiederkäuern kann die Bodenfruchtbarkeit erhöht und Kohlenstoff gespeichert werden. Gleichzeitig wird Gras, das für die menschliche Ernährung nicht geeignet ist, für die Erzeugung von Milch und Fleisch genutzt. So ergänzen sie das Kalorienangebot aus pflanzlicher Ernährung und stellen keine Konkurrenz zu dieser dar.

Ganz anders bei der industriellen Tierhaltung, die die höchsten Wachstumsraten aufweist. Hier werden die Tiere fast ausschließlich mit Getreide und Ölsaaten gefüttert. Diese Produkte oder zumindest das Ackerland, auf dem das Futter angebaut wird, könnten auch direkt für die menschliche Ernährung genutzt werden. Dann ließe sich mit derselben Fläche die mehrfache Zahl an Menschen ernähren. Zusammen mit der weiter zunehmenden Nutzung von Pflanzen zur Energiegewinnung erhöht die industrielle Tierhaltung damit die Knappheit auf den internationalen Märkten für Getreide und trägt so zu instabilen Preisen und Ernährungsunsicherheit in importabhängigen Ländern bei. Diese Zusammenhänge hat die „Germanwatch-Trendanalyse zur globalen Ernährungssicherung 2013“ herausgearbeitet.

Ausblick

Die größte anstehende Veränderung im Jahr 2015 ist das Auslaufen der Milchquote, die bislang noch die Menge der Milch begrenzt, die in der EU insgesamt und in jedem Mitgliedsland einzeln produziert werden darf. Bereits heute zeichnet sich ab, dass davon vor allem intensiv wirtschaft-

tende Betriebe profitieren werden, die sich am Weltmarkt orientieren. Wir wollen diesen Prozess mit aktuellen Studien über Veränderungen der Handelsströme, insbesondere mit Entwicklungsländern, begleiten, um mögliche problematische Entwicklungen frühzeitig öffentlich machen zu können. Mit einem Comic über die zunehmend industrialisierte Milchwirtschaft wollen wir ein breiteres Publikum und vor allem jüngere Menschen ansprechen und sensibilisieren.

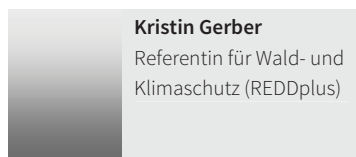
Das geplante Handels- und Investitionsabkommen zwischen EU und USA (TTIP) stößt in der Öffentlichkeit auf wachsende Kritik. Germanwatch teilt diese in vielen Aspekten und ist daher Mitglied des „Unfairhandelbar“-Bündnisses. In diesem und im nächsten Jahr streben wir eine transatlantische Initiative an, die die Unterschiede in den ökologischen und sozialen Regelungen beiderseits des Atlantik nicht- wie im TTIP-Kontext – als Handelshemmnis betrachtet, das beseitigt gehört, sondern als Chance, wirksamere und koordinierte Standards aufzubauen, die es erleichtern Nachhaltigkeitsziele zu erreichen.



MitarbeiterInnen:



Tobias Reichert
Teamleiter



Kristin Gerber
Referentin für Wald- und Klimaschutz (REDDplus)



Dr. Klemens van de Sand
Ehrenamtlicher Mitarbeiter

PraktikantInnen im Berichtszeitraum: Verena Fehlenberg, Cristina Urrutia, Konstantin Eckner

Verantwortlich seitens des Vorstands: Dr. Klemens van de Sand

Deutsche und EU-Klimapolitik

Ziel eins: Energie- und Verkehrswende zum Erfolg führen

Geschäftsmodelle für die Energiewende

Die Energiewende gilt als *die* gesellschaftliche Herausforderung unserer Zeit. Sie verlangt von den BürgerInnen, aber auch von der Wirtschaft, Veränderungen nicht nur zu akzeptieren, sondern sie auch zu gestalten.

Manchen wirtschaftlichen Akteuren fällt dies leicht: Unternehmen, die ihr Geld z. B. mit Erneuerbare Energien oder Energieeffizienz verdienen, profitieren von der Energiewende. Andere Unternehmen haben es schwerer: So ist das Geschäftsmodell der großen Energieversorger, die zu lange auf Kohle- und Atomkraft gesetzt haben, massiv bedroht. Auf der anderen Seite suchen Verwalter von Pensionsfonds und Lebensversicherungen nach langfristigen Anlagemöglichkeiten, um ihre Rentenauszahlungsversprechen finanzieren zu können.

Germanwatch steht mit den relevanten Akteuren – Politik, Unternehmen, Investoren, Wissenschaft und NGOs – im intensiven Austausch. Gemeinsam überlegen und erarbeiten wir, wie vorhandene Ressourcen so eingesetzt werden können, dass eine nachhaltige Energiewende gelingt. Wir schaffen durch verschiedene Dialogformen Resonanzböden für notwendige politische Rahmensetzungen und dazu passende Ideen zu Geschäftsmodellen im Sinne einer solchen Entwicklung:

Wir tragen unseren Teil dazu bei, dass das Handeln möglichst vieler relevanter Akteure in Deutschland und Europa so in Resonanz gerät, dass die Energiewende gelingt.

Gewerkschaften zwischen Gestaltung und Restauration

Die Gewerkschaften spielen eine wichtige Rolle in der Energiewende. Ihre Mitglieder sind gleich mehrfach von den Veränderungen im Energiesystem betroffen: als Beschäftigte in den Gewinnerunternehmen der Transformation (wie Windanlagenbauer oder Dämmstoffwirtschaft), als Beschäftigte von Betrieben, die um ihre Geschäftsmodelle kämpfen oder auf der Suche nach neuen sind (wie die vier großen Energieversorger), sowie als Konsumenten, die die Chancen aber auch Kosten der Energiewende spüren. Sie sind damit ein ganz entscheidender Faktor zum Erhalt und der Unterstützung der gesamtgesellschaftlichen Akzeptanz für die Energiewende und unmittelbarer Teil der Transformation. Die Diversität der Interessen der Beschäftigten spiegelt sich in den Positionen der Einzelgewerkschaften wider.

Germanwatch hatte im Berichtszeitraum intensiven Austausch mit Vertretern der relevanten Einzelgewerkschaften wie auch mit relevanten Akteuren des Dachverbandes DGB. Ziel der Gespräche und Dialogforen war dabei, den Blick verstärkt auf die ökonomischen Chancen der Transformation zu richten.

Stromnetzausbau: So viel wie nötig – so wenig und so schonend wie möglich

Die Herausforderung Energiewende ist vielfältig: Neben dem Ersatz von großen Kern- und Kohlekraftwerksblöcken und dem mittel- und langfristigen Umbau der Stromversorgung auf die neuen Säulen Wind- und Solarstrom, muss auch die Infrastruktur um- und ausgebaut werden. Hier gilt es auch Courage vor den Freunden zu zeigen, wenn der für eine erfolgreiche Energiewende dringend notwendige Ausbau der Stromnetze blockiert wird. Denn dieser ist – zumindest solange Stromspeicher zu teuer sind – auch in einer zu großen Teilen dezentralen Energiewende unentbehrlich. Wenn in einer Region weder der Wind bläst noch die Sonne scheint, muss in großem Maßstab Strom dorthin geleitet werden. In der Übergangsphase zum regenerativen Stromsystem müssen die Rahmenbedingungen für den fossilen Kraftwerkspark so gestaltet werden, dass möglichst

emissionsarme, flexible Kraftwerke die regenerative Stromerzeugung optimal ergänzen und die Netze trotzdem sicher betrieben werden können.

Germanwatch bringt sich seit Jahren intensiv in die deutsche und die europäische Diskussion um die Stromnetzplanung ein. So wollen wir den Klimaschutz und damit die Interessen der weltweit vom Klimawandel am stärksten betroffenen Menschen in einem strategisch sehr zentralen Bereich voranbringen.

Wir engagieren uns auf zwei Ebenen: Wir beteiligen uns mit zahlreichen Stellungnahmen an der politischen Diskussion um die Szenarien und die Modellierung der 10-Jahresplanung für das deutsche Stromnetz. Wir fordern dabei von der Bundesregierung, aber auch von der Genehmigungsbehörde Bundesnetzagentur und den Netzbetreibern, der Planung eine konsistente und ambitionierte Klimaschutzpolitik zugrunde zu legen. Denn wir sind – wie auch andere Umweltverbände – der Ansicht, dass die Netzplaner gut erklären müssen, welche neue Stromtrassen für die deutsche und europäische Energiewende notwendig sind und dass die geplanten neuen Trassen nicht in erster Linie dem verstärkten Kohlestromexport ins europäische Ausland dienen.

Zudem begleiten wir konkrete Pilotprojekte für neue Stromleitungen im Rahmen des europäischen Projekts BESTGRID mit eigenen Vorschlägen und konstruktivem Feedback, das u. a. bei zwei Stromtrassen-Projekten in Deutschland innovative partizipative Methoden der Bürgerbeteiligung und der transparenten Planung erprobt: den Bürgerdialog zur geplanten Gleichstromtrasse „Sued-Link“ des Übertragungsnetzbetreibers TenneT, die von Schleswig-Holstein nach Bayern führen soll, und die Bürgerveranstaltungen zur Verstärkung der Höchstspannungsleitung Pasewalk-Bertikow des Netzbetreibers 50Hertz.

Verkehrswende: Jetzt endlich beschleunigen!

Für Germanwatch ist die Verkehrswende Bestandteil der Energiewende. Germanwatch hat dazu für den Personenverkehr die „Perspektive 2050“ als Bestandteil der anstehenden notwendigen „Großen Transformation“ der Gesellschaft entwickelt, wonach bis zum Jahr 2050 im Landverkehr in Deutschland der Umweltverbund auf 50 Prozent Marktanteil kommt. Im Berichtszeitraum wurde erreicht, dass dieser Pfad im vorgestellten Konzept „Klimafreundlicher Verkehr in Deutschland – Weichenstellungen bis 2050“ (Juni 2014) der Verbände WWF, BUND, Germanwatch, NABU und VCD (www.germanwatch.org/de/8738) enthalten ist und gefordert wird.

In der „Perspektive 2050“ nimmt der Schienenpersonennahverkehr (SPNV) eine zentrale Rolle ein. Die in diesem Jahr zu beschließende Revision der Regionalisierungsmittel, mit denen der SPNV finanziert wird, dürfte die prominenteste absehbare politische Entscheidung für deren Umsetzung sein. Germanwatch hat dazu einen Vorschlag entwickelt und an das Bundesumweltministerium für das Klimaschutzaktionsprogramm eingespeist, wie eine Verdopplung des SPNV zu möglichst geringen Zusatzkosten führt und somit leichter finanzierbar wird (www.germanwatch.org/de/8798).

Die Arbeiten von Germanwatch zum klimaschädlichsten Massenverkehrsträger Flugverkehr waren nicht von ähnlichen Erfolgen begleitet. Germanwatch hatte sich dafür eingesetzt, dass die Vollversammlung der ICAO (Internationale Zivilluftfahrtorganisation) im Jahr 2013 ein Instrument zur Beschränkung der Flugverkehrsemissionen beschließt, das auch zur Klimafinanzierung beiträgt. Dies fand nicht statt, erst 2016 wird die ICAO das Thema wieder aufnehmen.

Ziel zwei: Die EU-Klima- und Energiepolitik aus ihrer Krise führen

Immer weniger taugte die Europäische Union in den vergangenen Jahren zum globalen Klimavorreiter. Ihr schwaches und durch die Wirtschaftskrise schon erreichtes Treibhausgas-Reduktionsziel von minus 20 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 genügt nicht dem eigenen Anspruch, den notwendigen Beitrag zu leisten, um einen gefährlichen Klimawandel mit mehr als 2 Grad Celsius Temperaturanstieg zu vermeiden. Angesichts dieses schon erreichten EU-Emissionsziels und der großen

Anzahl billig gekaufter Zertifikate aus Entwicklungsländern funktioniert der EU-Emissionshandel nicht mehr. Märkte brauchen Knappheit, doch die am Emissionshandel beteiligten Unternehmen sind bereits jahrelang mit Emissionserlaubnissen überversorgt. Zuletzt war das Angebot doppelt so groß wie die Nachfrage nach Zertifikaten. Germanwatch hat auf die notwendige Entnahme von Erlaubnisscheinen aus dem Emissionshandel in vielen Stellungnahmen, Veranstaltungen und politischen Gesprächen hingewiesen.

In dieser Lage startete die EU 2013 die Debatte um neue Klima- und Energieziele bis 2030. Im Herbst sprach sich das Europaparlament zunächst für ein Klimaschutzziel von 40 Prozent Treibhausgasreduktion bis 2030, ein Ausbaziel für die Erneuerbaren Energien von 30 Prozent und ein Energieeffizienzziel von 40 Prozent aus. Germanwatch begrüßte, dass das Parlament drei für die Mitgliedstaaten verbindliche Ziele vorschlug, kritisierte aber das noch zu niedrige Ambitionsniveau bei Emissions- und Erneuerbaren-Energien-Zielen. Im Februar 2014 legte die Europäische Kommission dann einen noch deutlich schwächeren Vorschlag auf den Tisch. Die Kommission schlug ein Treibhausgasziel von minus 40 Prozent und ein Erneuerbaren-Energien-Ziel von nur 27 Prozent vor. Später legte sie mit dem Vorschlag eines 30-Prozent-Energieeffizienzziels nach.

Zusammen mit seinen Partnerorganisationen in Brüssel und Deutschland setzte sich Germanwatch vehement dafür ein, dass die neue Bundesregierung europaweit für mehr Ambition und geeignete Umsetzungsstrukturen eintritt. Wichtige Momente dafür waren der Bundestagswahlkampf und die Koalitionsverhandlungen im Anschluss. Germanwatch unterstützte dabei parteiübergreifend die progressiven Akteure. So gelang es unter anderem, dass der erste Schritt in die Reform des Emissionshandels – das sogenannte Backloading – in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurde. Und das, nachdem insbesondere die alte Bundesregierung eine Reform des Emissionshandels und eine dafür konsequenterweise notwendige Anhebung des 20-Prozent-Emissionsziels für 2020 jahrelang verhindert hatte. Insbesondere das FDP-geführte Bundeswirtschaftsministerium hatte dabei eine unrühmliche Rolle gespielt.

Die deutsche Zustimmung zum Backloading im Herbst 2013 kann für die Reparatur des wichtigsten Klimaschutzinstruments der EU nur ein Anfang sein. Germanwatch setzt sich nach der Wahl zum Europaparlament massiv dafür ein, dass die EU mit einem möglichst ambitionierten Zielpaket für 2030 wieder zur alten glaubwürdigen Führungsrolle zurückfindet, die sie nach Meinung von Experten vieler Länder verloren hat. Wegen der auf absehbare Zeit nicht funktionsfähigen Emissionshandels gilt es dringlich, über ordnungsrechtliche Schritte nachzudenken.

Ziel drei: Energiewende internationalisieren

Germanwatch hat sich 2013/2014 in einer Reihe von Projekten dafür eingesetzt, dass auch in solchen Ländern der Einstieg in die Energiewende gelingt, die dafür im Vergleich zu Deutschland schwierigere ökonomische oder sonstige Voraussetzungen mitbringen. Germanwatch hat sich dabei vor allem auf China, Indien, Nordafrika sowie Polen und Russland konzentriert. Wir arbeiten insbesondere daran, deutsche Erfahrungen sowie Faktenwissen über die deutsche Energiewende in diesen Ländern verfügbar zu machen, beispielsweise indem wir ExpertInnenreisen aus diesen Ländern nach Deutschland unterstützen.

Die Kooperation mit der Volksrepublik China ist ein wichtiger regionaler Schwerpunkt in den beiden Klima-Teams. China ist der größte Emittent von Treibhausgasen weltweit und bewegt sich mit einem durchschnittlichen CO₂-Pro-Kopf-Ausstoß von nunmehr 7,1 Tonnen inzwischen sehr nah an das europäische Pro-Kopf-Niveau heran. Dennoch überwiegen in der chinesischen Klimapolitik derzeit die positiven Tendenzen. Die Regierung will die Abhängigkeit vom Energieträger Kohle verringern und so die immensen Umweltprobleme im Land in den Griff bekommen. Viele Erfahrungen der Energiewende können dabei nützlich sein. Aber auch die lokale Ebene, Städte und Kommunen spielen in China eine Schlüsselrolle beim Klimaschutz.

Germanwatch setzt gemeinsam mit europäischen und chinesischen Partnern ein Vorhaben um, in dem im Rahmen eines Dialogprogrammes in zwei strategisch ausgewählten Städten Chinas Lösungen für kohlenstoffarme und nachhaltige Stadtentwicklung diskutiert werden (www.low-carbon-partnerships.org). Ziel des Projektvorhabens ist es, die Transformation hin zu einer kohlenstoffarmen Stadtentwicklung zu beschleunigen und damit ein Beispiel für erfolgreiche Klimakooperation zwischen Deutschland, EU und China zu schaffen. Weiterhin unterstützen wir die klimapolitische Weiterentwicklung der Städte-Partnerschaft zwischen Bonn und Chengdu. Sowohl aktuelle Herausforderungen der Energiewende in Deutschland als auch die Umsetzung der Low-Carbon-Pilotprogramme in China stehen hierbei im Fokus.

Das Energiewende-Paradox auflösen: Staatliche Kohlefinanzierung im Ausland stoppen

Im Energiewendeland Deutschland zeichnet sich ein Paradox beim Erreichen der gesetzten Klimaziele ab: Einerseits wächst der Anteil erneuerbarer Energieträger an der Stromerzeugung stetig – das ist insbesondere im Bereich der Photovoltaik zu beobachten. Andererseits werden CO₂-Einsparziele verfehlt, die Emissionen sind 2012 und 2013 sogar gestiegen. Ein ähnliches Paradox ergibt sich bei der Förderpraxis der staatlichen Förder- und Entwicklungsbank KfW. Zwar ist die KfW Triebfeder der deutschen Energiewende, sie investiert auch international Milliarden in die Erneuerbaren Energien und Energieeffizienzprojekte, fördert jedoch gleichzeitig umstrittene Kohlekraftwerke in Entwicklungsländern. Der Staat vergibt zudem Exportkreditgarantien für den Bau von Kohlekraftwerken, um das politische und finanzielle Risiko der exportierenden Unternehmen zu minimieren.

Zusammen mit anderen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen arbeiten wir daran, diese Förderpraxis auf den Prüfstand zu stellen und drängen darauf, sie letztlich zu beenden. Positive politische Signale erreichen uns aus allen anderen OECD-Staaten, die – bis auf Japan und Süd-Korea – in den letzten Monaten Förderkriterien für ihre Entwicklungsbanken eingeführt haben, die eine staatliche Kohlefinanzierung weitgehend ausschließen. In regelmäßigen Strategietreffen beraten wir mit unseren Partnern Wege und Strategien um ein „öffentliches Klima“ zu schaffen, das der KfW den Rückhalt für Kohlekreditgeschäfte entzieht.

Ziel vier: Koalitionen für die Klima- und Energiewende stärken

Germanwatch hat sich im Berichtszeitraum dafür eingesetzt, gesellschaftliche Bündnisse für die Energie- und Klimawende zu stärken. Als zivilgesellschaftliche Netzwerke besonders wichtig für unsere Arbeit waren dabei das EU-weite NGO-Netzwerk Climate Action Network Europe sowie in Deutschland die Klima-Allianz. Mit über 110 Mitgliedsorganisationen aus einer großen Bandbreite von zivilgesellschaftlichen Themenbereichen kann die Klima-Allianz erheblichen Eindruck auf die politischen Entscheider in Deutschland machen. Germanwatch hat sich auch im Berichtszeitraum wieder intensiv und erfolgreich für eine nach innen und außen handlungsfähige Klima-Allianz eingesetzt, unter anderem durch die Mitwirkung unseres Politischen Geschäftsführers Christoph Bals im Leitungsgremium der Klima-Allianz. In der Renewables Grid Initiative – wir arbeiten als Gründungsmitglied aktiv in dieser innovativen Initiative von Netzbetreibern und NGOs mit – haben wir uns in der EU gemeinsam für starke Klima-, Erneuerbare-Energien- und Energieeffizienzziele eingesetzt. Immer wieder kooperieren wir eng mit der Stiftung 2 Grad, um interessante Initiativen für Klimaschutz und Energiewende voranzubringen. Zusammen mit den kirchlichen Entwicklungsorganisationen Brot für die Welt und Misereor sowie den im Klimaschutz auf deutscher und internationaler Ebene aktiven Umweltverbänden BUND, Greenpeace und WWF hat Germanwatch im Berichtszeitraum zudem *Transform* gegründet. Transform soll die Arbeit der sechs Verbände – zunächst vor allem für die Klima- und Energiewende – besser koordinieren und ihre politische Wirkung durch gemeinsame Auftritte erhöhen.











Ausblick

Das kommende Jahr steht für das Team Deutsche und EU-Klimapolitik unter dem Zeichen der Vorbereitung einer hoffentlich erfolgreichen Klimakonferenz in Paris 2015. Dabei konzentrieren wir uns darauf, dass Deutschland und die EU ihre Vorreiterrolle in Klimafragen wieder einnehmen. Nur dann können Deutschland und die EU auf den Klimaverhandlungen glaubwürdig ambitionierte Ziele von den anderen Staaten fordern. Auf Europäischer Ebene werden wir unseren Schwerpunkt auf ein ambitioniertes 2030-Gesamtpaket für neue Energie und Klimaziele legen und uns dafür einsetzen, dass diese Ziele von den EU-Ländern am Ende auch erfüllt werden müssen.

Auch kann der G7-Gipfel im Juni 2015 in Deutschland wichtige Impulse für eine Revitalisierung der Deutschen Klimapolitik liefern.

Wenn es gelingt, zusammen mit unseren Gesprächspartner aus der Wirtschaft und Zivilgesellschaft die Rahmenbedingungen für grüne Geschäftsmodelle für die Energie- und Verkehrswende zu formulieren, kann dies ein wichtiger Baustein für ein Gelingen der Energiewende werden. Damit will Germanwatch auch dazu beitragen, dass die Energiewende als positives Vorbild für andere Staaten gilt und Mut macht für ambitionierte Klima und Energieziele weltweit.

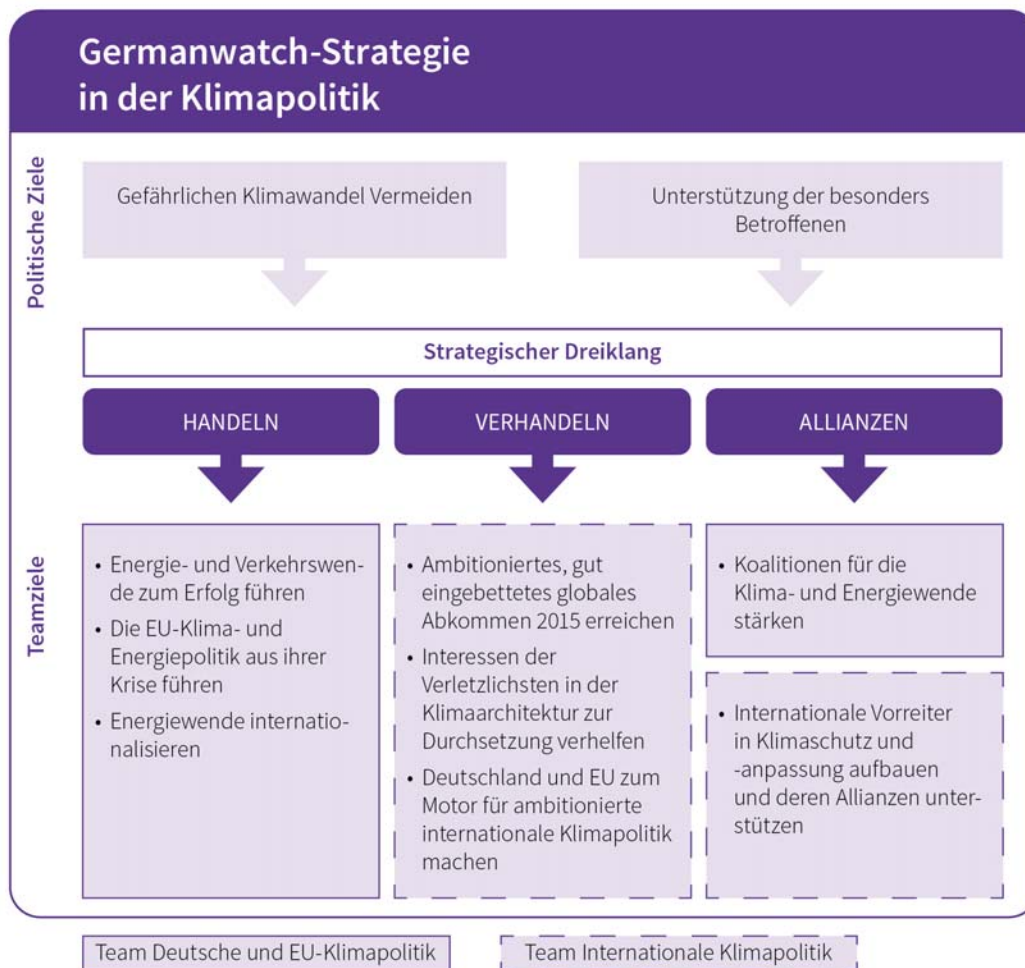
MitarbeiterInnen:

 Jan Burck Teamleiter	 Katja Rottmann (bis 11/2013) Teamleiterin	 Oldag Caspar Teamleiter (ab 11/2013; vorher Referent für Klimaaußenpolitik)
 Alexander El Alaoui Referent für Finanzmärkte und Transformationsprozesse	 Rotraud Hänlein Referentin Strompolitik und Netze	 Tobias Pforte-von Randow Referent für Klima und Arbeit
 Dirk Rommney Referent Energiewende und Chinesische Klimapolitik	 Manfred Treber Klima- und Verkehrsreferent	 Zhang Chu Project Manager China – Low Carbon Partnerships
 Hendrik Zimmermann Referent für Energiewende und Geschäftsmodelle		

Mit Unterstützung von Will Frank.

PraktikantInnen im Berichtszeitraum: Benjamin Domke, Cristina Urrutia, Andreas Schneller, Barbara Burkel, Susanne Rappolder, Franziska Marten

Verantwortlich seitens des Vorstands: Anne Koch, Prof. Dr. Carlo Jaeger



Internationale Klimapolitik

Für das Abwenden eines gefährlichen Klimawandels sowie den Schutz und die Unterstützung der besonders von den Folgen des Klimawandels betroffenen Menschen und Länder arbeitet das Team Internationale Klimapolitik mit unterschiedlichen Arbeitsweisen an verschiedenen Themen. Dabei orientiert sich das Team an dem Dreiklang „Handeln, Verhandeln, Allianzen“ und vier zentralen Zielen (Vgl. Grafik S. 14). Der engen Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, insbesondere aus besonders betroffenen Entwicklungsländern, kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, um sich bestmöglich für die dortigen Belange einzusetzen.

Ziel eins: Deutschland und die EU zum Motor für ambitionierte internationale Klimapolitik machen, im Einklang mit ihrer globalen Verantwortung

Konferenz in Warschau: Klimapolitische Aufmerksamkeit für Deutschland in Zeiten von Koalitionsverhandlungen

Gerade durch die Klimakonferenz in Warschau war es möglich, internationale Klimathemen auch in die nationalen Debatten einzubringen. Während der Klimakonferenz in Warschau wurde in Berlin der Koalitionsvertrag der Regierungskoalition von CDU und SPD ausverhandelt. Tägliche Pressegespräche, Meinungsbeiträge z. B. in der Süddeutschen Zeitung und O-Töne in Fernsehen und Radio haben geholfen, Klimathemen in den politischen Debatten in Berlin zu platzieren. In zahlreichen Gesprächen mit Delegation und Delegationsleitung des deutschen und EU-Verhandlungsteams sowie anderen relevanten Akteuren hat Germanwatch Vorschläge für eine konstruktive

Positionierung vorgelegt und diskutiert. Damit wurde unseren – gemeinsam mit dem Team Deutsche und EU-Klimapolitik entwickelten – Forderungen, etwa nach einem Klimagesetz oder einem Anwachsen des deutschen Beitrags zur internationalen Klimafinanzierung, Nachdruck verliehen. Wenn auch abgeschwächt – etwa als Klimaaktionsplan statt Klimagesetz – hat einiges auch Niederschlag im Koalitionsvertrag gefunden.

Deutsche Klimafinanzierung

Mehr Klarheit über die zukünftige Bereitstellung von finanzieller Unterstützung ist gerade für das gegenseitige Vertrauen im internationalen Verhandlungsprozess hin zu einem ambitionierten neuen Abkommen in Paris eine Grundvoraussetzung, um Entwicklungsländern bei der Konzeption von nationalen Plänen und Strategien die nötige Planungssicherheit zu geben und gleichzeitig die Bereitschaft zur Einleitung eines langfristigen transformativen Wandels in diesen Ländern zu fördern. Andererseits ist diese Bereitschaft, die bisherigen CO₂-intensiven Pfadabhängigkeiten hin zu Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien zu verändern, Voraussetzung für eine angemessene Bereitstellung internationaler Unterstützung. Um dies zu erreichen spielt neben offiziellen Verpflichtungen durch die Industriestaaten und ambitionierten Plänen der Entwicklungsländer vor allem die vollständige Operationalisierung des Green Climate Funds als Instrument der Klimafinanzierung eine entscheidende Rolle.

Germanwatch ist einer der Akteure der Zivilgesellschaft, die am konsequentesten die politische Debatte zum deutschen Beitrag der internationalen Klimafinanzierung voranbringt. Verschiedene Aktivitäten, z. B. ein Verbändebrief und Veranstaltungen mit ParlamentarierInnen, haben dazu beigetragen, dass entgegen ersten Entwürfen ein Haushaltsposten für eine mehrjährige Zusage an den Green Climate Fund in Höhe von 750 Mio. Euro im Bundeshaushalt 2014 verankert werden konnte.

Um die Qualität der deutschen Klimafinanzierung durch erhöhte Transparenz zu verbessern, betreibt Germanwatch zusammen mit Brot für die Welt, Oxfam und Heinrich-Böll-Stiftung die Webseite www.deutskeklimafinanzierung.de.

Klimakooperation zum neuen Leitprojekt deutscher Außenpolitik machen

Internationale Klimapolitik geschieht nicht allein auf UN-Klimakonferenzen. Um bei der Bekämpfung des Klimawandels und der Anpassung an seine Folgen Fortschritte zu machen, muss Klimakooperation als Leitgedanke in die gesamte deutsche Außenpolitik integriert werden. Die Neuwahl und Benennung Frank-Walter Steinmeiers zum Außenminister sowie die Debatte um größere deutsche Verantwortung in der Welt nahm Germanwatch zum Anlass, für dieses neue Leitprojekt zu werben. Dazu führten wir ein Fachgespräch mit Entscheidungsträgern in Berlin durch und begleiteten die Münchener Sicherheitskonferenz mit einem Gastartikel in der Frankfurter Rundschau und einer Ausgabe unseres KlimaKompakt-Newsletters. Selbstverständlich bleibt auch die Frage zentral, was beim UN-Klimagipfel 2015 das Ergebnis sein soll und mit welchen Strategien Deutschland einen Beitrag dazu leisten kann. Auch dazu gab es ein Fachgespräch in Berlin, gemeinsam mit der Stiftung Wissenschaft und Politik und dem World Resources Institute.

Ziel zwei: Ein ambitioniertes und gut eingebettetes globales Abkommen 2015 erreichen, welches das Klimaschutz- und Anpassungsniveau international hebt

Germanwatch engagiert sich seit Beginn der Klimaverhandlungen unter der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) und begleitet den Prozess. Das Hauptziel ist derzeit, 2015 ein erfolgreiches Abkommen zu erreichen. Ein Großteil des Engagements ist eingebettet in die Zusammenarbeit mit dem internationalen Climate Action Network (CAN) und dem im Aufbau befindlichen Climate Briefing Service (CBS). Zu folgenden Themen konnten besondere Zeichen gesetzt werden.

Internationale Klimafinanzierung

Für ein erfolgreiches Abkommen in Paris 2015 ist die internationale Klimafinanzierung von zentraler Bedeutung. In der Periode der „Schnellstartfinanzierung“ haben die Industrienationen in den Jahren 2010–2012 insgesamt knapp über 30 Milliarden US-Dollar für die Förderung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern bereitgestellt, auch wenn davon nur ein Teil wirklich neu und zusätzlich war. Nun aber fehlt es in der internationalen Klimafinanzierung an Vorhersehbarkeit und einem klaren Aufwuchspfad hin zu den ab 2020 jährlich zugesagten 100 Milliarden US-Dollar.

Germanwatch verfolgt und beeinflusst dazu neben der internationalen Debatte während der UN-Klimaverhandlungen auch den Diskurs auf nationaler Ebene, z. B. durch regelmäßigen Austausch mit VertreterInnen aus dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zur Ausgestaltung des Green Climate Funds. Darüber hinaus liefern Analysen und Hintergrundpapiere zu aktuellen Themen und Entwicklungen der Klimafinanzierung wichtige Inputs, die den deutschen EntscheidungsträgerInnen zur eigenen Positionsbildung dient.

Auf internationaler Ebene berät Germanwatch im Rahmen des Climate Finance Advisory Service – als Führer eines Konsortiums von ExpertInnen aus Industrie- und Entwicklungsländern – VerhandlerInnen und EntscheidungsträgerInnen der verletzlichsten Länder, besonders aus Afrika, Asien und den kleinen Inselstaaten. Dabei werden vor allem Sitzungen des Adaptation Funds, des Green Climate Funds, sowie des UNFCCC Standing Committee on Finance begleitet und die genannte Zielgruppe vor und während der Treffen vor allem auf technischer Ebene unterstützt.

Ein besonders erfolgreicher Beitrag durch Germanwatch war das Engagement für zusätzliche Ressourcen für den Anpassungsfonds, der beim Klimagipfel in Warschau mit 100 Mio. USD unterstützt wurde. Hier wurden im Vorfeld durch Germanwatch Briefe von NGO-Bündnissen an wichtige Geberländer koordiniert und persönliche Lobbygespräche durchgeführt.

Gerechtigkeit

Wie viel Zusagen für Emissionsreduktion und Klimafinanzierung muss welches Land leisten, um seinen fairen Anteil zur Einhaltung des 2 °C-Limits beizusteuern? Faire Absprachen, um gemeinsam das wissenschaftlich Notwendige zu erreichen, können zusätzliche Dynamik erzeugen. Auch Rahmenbedingungen, die Anreize für Vorreiterrollen setzen, können eine wichtige Rolle dabei spielen.

Diesen Fragen zur Operationalisierung von Gerechtigkeitsprinzipien (v. a. des Prinzips der „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und der jeweiligen Fähigkeiten“) geht die CAN-Equity-Gruppe mit Rixa Schwarz als einer von zwei KoordinatorInnen nach. Mit einem auf den Gerechtigkeitsprinzipien der Konvention aufbauenden Indikatorenansatz schlägt CAN vor, die Zusagen der Länder (intended nationally determined contributions) auf ihre wissenschaftliche Ambition und Gerechtigkeit hin zu untersuchen. Damit würde die globale Ambition messbar, die Beiträge der einzelnen Staaten vergleichbar und im besten Fall die Anreize für Vorreiter deutlich. Allerdings bleibt auch dieser Ansatz in einem Rahmen stecken, der zusätzlichen Klimaschutz – auch begünstigt durch die Standardmodelle der Volkswirtschaft – grundsätzlich als Last betrachtet. In einer Zeit rapide sinkender Kosten für Erneuerbare Energien und rentabler Energieeffizienzmaßnahmen verlagert sich die Frage aber zunehmend dahin, wie Vorteile für Arbeitsplätze sowie die soziale und ökonomische Entwicklung durch kooperatives Handeln „geerntet“ werden können. Germanwatch versucht, entsprechende Ansätze in die Debatten innerhalb von CAN und in die Politik hineinzutragen.

IPCC und Rolle der Wissenschaft

Der Weltklimarat IPCC als höchste Autorität im Zusammenfassen des Standes der Klimawissenschaft war bisher regelmäßig Treiber für Fortschritte bei den UN-Klimaverhandlungen. Entsprechende Erwartungen werden auch in den Fünften Sachstandsbericht des IPCC hinsichtlich des Klimagipfels COP 21 in Paris gesetzt. Im Berichtszeitraum veröffentlichten die drei Arbeitsgruppen des IPCC die Berichte und Zusammenfassungen für Entscheidungsträger (Sept. 2013 Arbeitsgruppe I: Wissenschaft der Klimasysteme; März 2014 Arbeitsgruppe II: Verwundbarkeit und Anpassung; April 2014 Arbeitsgruppe III: Klimaschutz, welche Germanwatch jeweils für den deutschen Sprachraum aufbereitet hat. Germanwatch hat durch eigene Expertise (Expert Reviewers) zur Qualität der Berichte beigetragen. Außerdem wurden die verschiedenen Entscheidungssitzungen des IPCC vor Ort begleitet, gerade mit dem Ziel, schnell die Erkenntnisse der Berichte in die deutsche Öffentlichkeit zu bringen. Die Anwesenheit von Germanwatch als Vertreter der Zivilgesellschaft bei den Verhandlungen vor Ort trägt zudem dazu bei, die Legitimität des IPCC zu erhöhen. Dies geschieht insbesondere dadurch, dass die Transparenz des Prozesses hergestellt wird.

Gleichzeitig versucht Germanwatch z. B. durch Positionspapiere im CAN-Netzwerk den UNFCCC-Prozess zu beeinflussen, damit wissenschaftliche Erkenntnisse systematisch in die politischen Verhandlungen einfließen, beispielsweise indem der sog. strukturierte Expertendialog durchgeführt und reformiert wird.

Nachhaltige Entwicklungsagenda & Rolle von Klima

In New York wird zurzeit der neue normative Rahmen für globale Entwicklungspolitik verhandelt, der ebenfalls in 2015 zur Abstimmung kommt. Die sog. Sustainable Development Goals (SDGs), sollen die Millennium Development Goals nach 2015 fortführen. Erstmals fokussiert dieser Entwicklungsrahmen nicht nur auf unterentwickelte Länder, sondern bezieht alle Länder mit ein. Für Germanwatch gilt, dass der Prozess den Rahmen setzt für eine Entwicklung, die nicht im Gegensatz zu den planetaren ökologischen Leitplanken verläuft und gleichzeitig weltweit die Achtung der Menschenrechte fördert sowie die Deckung dafür notwendiger Bedürfnisse sicherstellt.

Klima ist ein zentrales Nachhaltigkeitsproblem in diesem Kontext. Die SDGs sollten Klima auf der Zielebene verankern und ein klares Signal für mehr Klimaschutz und -anpassung aussenden. Germanwatch-Aktivitäten setzen diesbezügliche Akzente für die nationale Debatte zu SDGs in Deutschland, aber versuchen auch direkt und über Netzwerke den politischen Entscheidungsprozess zu den konkreten Verhandlungen der SDGs zu beeinflussen.

Ziel drei: Den Interessen der Verletzlichen in der Klimaarchitektur zur Durchsetzung verhelfen

Eine Umsetzungsstruktur im Anpassungsfonds fördern

Der Anpassungsfonds (AF) unter dem Kyoto-Protokoll ist seit nunmehr vier Jahren aktiv und unterstützt Entwicklungsländer in ihren Anpassungsmaßnahmen – mit der Priorisierung besonders verletzlicher Bevölkerungsgruppen. Gleichzeitig bietet er innovative Zugangsmodalitäten durch die Möglichkeit, Maßnahmen über nationale (und nicht nur internationale) Institutionen abzuwickeln. Germanwatch unterstützt den Ansatz, da er die Eigenverantwortung der Länder fördert. Um diesen Prozess innerhalb einzelner Länder zu stärken, hat Germanwatch das Anpassungsfonds-NGO-Netzwerk aufgebaut. Dieses besteht mittlerweile aus knapp 100 NGOs und sieben finanziell unterstützten Partnern (Jamaika, Honduras, Kambodscha, Kenia, Tansania, Senegal und Südafrika). Durch verschiedene Aktivitäten auf Länderebene versuchen unsere Partner den Belangen der besonders verletzlichen Gruppen Gehör zu verschaffen, insbesondere gegenüber den Implementierungsinstitutionen (oft Regierungs- oder regierungsnahe Einrichtungen). Darüber hinaus geben unsere Partner dem Steuerungsgremium des AF durch regelmäßige Dialoge immer

wieder Impulse, wie die Umsetzung vor Ort, sei es in der Vorbereitungs- oder in der Implementierungsphase, verbessert werden kann. Ein konkreter Erfolg im Berichtszeitraum war z. B. die von Germanwatch geforderte Einführung von Umwelt- und sozialer Verträglichkeitsprüfung im Rahmen der Projektbeantragung.

Green Climate Fund: Die Stimme der Verletzlichen verankern

Seit seinem offiziellen Beschluss 2010 ruhen die Hoffnungen vieler Entwicklungsländer auf der Errichtung des Green Climate Fund, der als wichtigster Baustein der internationalen Klimafinanzierungsarchitektur etabliert werden soll. Dabei wurden seit Ende 2013 kontinuierlich die Weichen für die vollständige Operationalisierung des Fonds gelegt. Die ersten beiden Sitzungen des GCF-Direktoriums im Jahr 2014 haben alle wesentlichen Entscheidungen geliefert, damit der Fonds noch dieses Jahr erste Beitragszahlung empfangen kann, auch wenn die Verteilung der Gelder voraussichtlich erst 2015 beginnen wird. Dies wäre im Vorlauf auf den UN-Klimagipfel in Lima 2014 ein wichtiges politisches Signal.

Germanwatch war im Rahmen des Climate Finance Advisory Service auf allen Sitzungen des GCF-Direktoriums vertreten und hat durch umfassende technische Unterstützung von EntwicklungsländervertreterInnen zum Erfolg der Treffen beigetragen. Hierzu wurden z. B. die jeweiligen Hintergrunddokumente der Sitzungen analysiert und darauf aufbauende Empfehlungen formuliert sowie Ad-hoc-Beratung im persönlichen Dialog gewährleistet.

Stärkung von UNFCCC-Institutionen und die Rolle der Zivilgesellschaft

Im Rahmen des UNFCCC-Prozesses wurden in den letzten Jahren Fortschritte bei der Mandatierung spezieller Gremien und Arbeitsgruppen erreicht, die wichtige Themen international vorbereiten oder voranbringen. Ein Beispiel ist das Anpassungskomitee, welches auf internationaler Ebene Vorgaben für die Anpassungspolitik entwickelt und Entscheidungen für die Klimakonferenz vorbereitet.

Germanwatch hat hier durch Tischvorlagen und Hintergrundpapiere gerade VertreterInnen von verletzlichen Ländern ermöglicht, die Sitzungen intensiv zu verfolgen. Ebenso gelang es gemeinsam mit anderen NGOs die Transparenz der Sitzungen und die Möglichkeiten der zivilgesellschaftlichen Intervention zu stärken.

„Loss and Damage“

Immer deutlicher wird, dass inzwischen – selbst bei Nutzung der noch möglichen Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen – erhebliche Schäden in vielen Regionen zu bewältigen sein werden. Das neue Verhandlungsthema der klimawandelbedingten Verluste und Schäden (loss and damage) führte beim Klimagipfel in Warschau zu einer Entscheidung, für dieses Thema einen eigenen Mechanismus zu initiieren. Germanwatch hat im Vorlauf und während der Konferenz durch verschiedene Aktivitäten mit VertreterInnen besonders stark vom Klimawandel betroffener Entwicklungsländer auch durch seinen erheblichen Beitrag als Konsortialführer der Initiative „Loss and Damage in Vulnerable Countries“ zu dem positiven Verhandlungsergebnis beigetragen. Nach der Entscheidung von Warschau gilt es nun, möglichst substanzielle Aktivitäten in den Verhandlungen zum Arbeitsplan des Warschau-Mechanismus zu verankern.



Das Team Internationale Klimapolitik auf den Klimaverhandlungen in Warschau 2013. Foto: Alexander Reif

Ziel vier: Internationale Vorreiter in Klimaschutz und -anpassung aufbauen und deren Allianzen unterstützen

Vorreiterallianzen im Klimaschutz

Germanwatch setzt für Fortschritte in der Klimapolitik neben dem ambitionierten *Handeln* auf nationaler Ebene und dem *Verhandeln* im UN-Kontext auf *Vorreiterallianzen*, die ambitionierte Staaten zusammenbringen sollen. Die Allianzen sollen es den Vorreitern durch geeignete Anreize ermöglichen, noch ambitionierter zu werden, und es gleichzeitig für weitere Staaten attraktiv machen, selbst zu Vorreitern zu werden. Germanwatch hat in einem gemeinsamen Projekt mit dem World Resources Institute Vorschläge entwickelt, wie eine solche Allianz im Bereich der Erneuerbaren Energien aussehen könnte. Zwischenergebnisse wurden fortlaufend über Lobby- und Hintergrundgespräche in den politischen Prozess eingespeist, die abschließende Studie wird im Herbst erscheinen. In den UN-Klimaverhandlungen setzt sich Germanwatch in der CAN-Arbeitsgruppe zu Emissionsminderung besonders dafür ein, dass solche Initiativen bereits vor 2020 anerkannt und gefördert werden und dann im neuen Klimaabkommen nach 2020 ein Weg gefunden wird, sie mit dem UNFCCC-Regime zu verknüpfen.

Stärkung von klima- und menschenrechtsverträglichen Energiestrategien in der MENA-Region

Durch die Demokratisierungsbewegungen in einigen wichtigen Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas (Middle East and North Africa, MENA) eröffnen sich neue Möglichkeiten für die dortige Zivilgesellschaft, sich verstärkt für entwicklungs- und umweltpolitische Themen zu engagieren. Vor dem Hintergrund des Arabischen Frühlings und einer energiepolitischen Weggabelung, an der viele MENA-Staaten stehen, ist die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Kapazität zu diesen Themen in der Region gerade für die nächsten Jahre besonders wichtig. Eine Schlüsselrolle spielen dabei NGOs, die durch ihre Netzwerke über geeignete Kanäle verfügen, das Bewusstsein für Klima-, Energie- und Armutsstrategien zu schärfen.

Durch zahlreiche Aktivitäten hat Germanwatch einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure in der MENA-Region und die dafür notwendigen politischen Rahmenbedin-

gungen geleistet. Auch im Berichtsjahr konnten diesbezüglich schöne Erfolge erreicht werden. So gelang es Germanwatch beispielsweise zum ersten Mal in der Geschichte des Mittelmeer-Solarplans die Forderung 23 arabischer NGOs – bei der Realisierung des Plans auch gesellschaftliche Bedürfnisse mitzudenken und zivilgesellschaftliche Beteiligung zu ermöglichen – in den politischen Prozess einzubringen. Ein Erfolg, der kurze Zeit später eine Wiederholung fand, als 22 arabische Umwelt- und Entwicklungsverbände aus neun Ländern der MENA-Region die EU-Regierungschefs und -chefinnen aufforderten, ambitioniertere Klima- und Energieziele für 2030 zu beschließen, um so auch in ihren Ländern Druck auf politische EntscheidungsträgerInnen ausüben zu können.

Die von Germanwatch mitinitiierte Sozialverträglichkeitsstudie im Rahmen des 160-MW-Solarprojektes „Noor I“ in Marokko rundete dabei die Aktivitäten in der Region ab.

Initiierung von internationalen NGO-Dialogen

Im Rahmen des im März 2014 ausgelaufenen Projekts „Kooperation statt Konflikt“ konnte Germanwatch regelmäßige NGO-Dialoge mit Diskussionen zu Handlungspotenzialen neuer bi- und plurilateraler Koalitionen und Allianzen initiieren. Im Zentrum stand dabei ein Risiko- und Chancenmanagement für Klima-, Energie- und Ernährungssicherheit zum Schutz der menschlichen Sicherheit und der internationalen Stabilität. Die chinesischen, indischen und europäischen NGO-VertreterInnen stärkten ihren Blick für die jeweils anderen Realitäten und Perspektiven in den drei Regionen und damit das wechselseitige Vertrauen. NGOs aus Indien und Deutschland begleiten die Klimapositionen ihrer Länder seit April gemeinsam in einem anknüpfenden Projekt, über den Klimagipfel von Paris 2015 hinaus, weiter.











Ausblick

Das Jahr 2015 wird ein entscheidendes für die globale Entwicklungs- und Nachhaltigkeitspolitik. Die Klimakonferenz in Paris im Dezember 2015, aber auch die Verabschiedung der Sustainable Development Goals zur Generalversammlung im September 2015, sind wichtige internationale Ereignisse. Da auch andere thematisch relevante Prozesse (z. B. Nachfolger des Hyogo-Rahmenaktionsplans für Katastrophenvorsorge) vor wichtigen Entscheidungen stehen, kann man durchaus von einem „Superjahr 2015“ für das Germanwatch-Team Internationale Klimapolitik sprechen.

Deutschland nimmt dabei eine besondere Rolle ein. Zum einen hat Deutschland als viertgrößte Volkswirtschaft der Welt ein erhebliches Gewicht in den internationalen Verhandlungen und in der EU. Zum anderen bringt Deutschlands G7/G8-Vorsitz in 2014–2015 eine Verantwortung, die internationalen Nachhaltigkeitsthemen entscheidend voranzubringen.

Das Team Internationale Klimapolitik stellt sich auf verschiedenen Wegen auf das Jahr 2015 ein. Zum einen wurde die technische Vorbereitungs- und Vernetzungsarbeit – exemplarisch ist hier der Dialog mit NGO-Akteuren in Indien – als Vorbereitung für das Jahr 2015 intensiviert. Zum anderen wird eine intensive Verschränkung von internationaler und nationaler Klimapolitik auch organisationsintern durchgeführt, um im Jahr 2015 gut aufgestellt zu sein und um eine gegenseitige Dynamik von nationalen und internationalen Prozessen erzeugen zu können.

MitarbeiterInnen:

	Sönke Kreft Teamleiter		Lutz Weischer Teamleiter		David Eckstein Referent für Klimafinanzierung und Investitionen
	Lisa Junghans Referentin für Klimafolgen und Anpassung		Alpha Kaloga Referent für Klimaanpassung und Entwicklung		Laura Schäfer Referentin für Klimarisikomanagement
	Boris Schinke Referent für Klima und Sicherheit		Rixa Schwarz Referentin für Klima und Sicherheit		Inga Wolff (seit 08/2014) Freiwilliges Ökologisches Jahr 2014/15
	Linde Griebhaber (bis 01/2014) Referentin für internationale Klimafinanzierung und Investitionen (im Team Finanzierung für Klima & Entwicklung / Ernährung)				

Mit Unterstützung von: Manfred Treber, Dirk Rommeney, Winfried Zacher

PraktikantInnen im Berichtszeitraum: Nicolas Daniel Heinrich, Dominic Sett, Michael Gleichmann, Thassilo Görgen, Gundula Haage, Fadzai Munyaradzi, Anna Eilmes, Léo Theobald, Noah Walker-Crawford

Verantwortlich seitens des Vorstands: Sven Harmeling

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Das Team Bildung für nachhaltige Entwicklung unterstützt die anderen politischen Teams in ihren Zielen und setzt darüber hinaus eigene Akzente, um Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) national und international weiterzuentwickeln und strukturell zu verankern. Die Inhalte der anderen Teams werden in enger Kooperation mit ihnen didaktisch für die breite und interessierte Öffentlichkeit aufgearbeitet. Dabei passen wir die Bildungsangebote zielgruppenspezifisch inhaltlich und methodisch an. Zielgruppen sind u. a. (Jugend-)Verbände und -Initiativen (Strategietage); LehrerInnen (didacta, Arbeitsblätter, Bildungs-DVD); (MitarbeiterInnen in) Unternehmen (Caritasverband); Akteure der Kulturellen Bildung für nachhaltige Entwicklung (Chorprojekt „Das Chaos wenden“); Studierende (Seminar für den Studiengang "Global Change Management" der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde, Studierendeninitiativen). Die größte Reichweite haben wir bei SchülerInnen mit der *Germanwatch Klimaexpedition* und *Germanwatch Rohstoffexpedition*.



Im Vorfeld des Warschauer Klimagipfels: Geoscopia Referent Holger Voigt präsentiert den internationalen Workshopteilnehmenden die Ansätze der Germanwatch Klimaexpedition. Foto: Desirée Rudolf

Ziel eins: Die Große Transformation national und international voranbringen

Der Workshop zum Süd-Nord-Bildungsaustausch am Rande der UN-Klimaverhandlungen in Warschau im November 2013 brachte einige gute Erfahrungen, wie Süd-NGOs unser Bildungsmaterial für ihre Arbeit einsetzen können (DVD: Climate Change from above¹) und gab uns zusätzliche Hinweise, wie wir Südperspektiven, teilweise in Form von konkreten Südstimmen in unsere Bildungsarbeit mit aufnehmen können (siehe Foto oben). Wir werden die Süd-Nord-Bildungsarbeit, insbesondere den Bildungsaustausch, fortsetzen.

NRW-Klimaschutzgesetz und -Nachhaltigkeitsstrategie

Mit Stefan Rostock als NRW-Fachpromotor Klima und Entwicklung sitzen wir in zwei der Partizipationsstränge zum NRW-Nachhaltigkeitsprozess. Die LAG21 koordiniert mit den „Fachforen Nachhaltigkeit“ den zivilgesellschaftlichen Begleitprozess und das Wuppertal Institut verantwortet mit den Veranstaltungen und Ergebnissen des „Team Nachhaltigkeit NRW“ den „offiziellen“ Begleitprozess. Ziel ist die inhaltliche Beratung, Konkretisierung und Weiterentwicklung des von der Lan-

¹ <http://germanwatch.org/de/climate-change-from-above>

desregierung gestarteten Nachhaltigkeitsprozesses. Auf der 2. NRW Nachhaltigkeitskonferenz im Landtag NRW am 18. November 2013 konnte dort ein wichtiger Workshopbeitrag eingebracht werden.

Mpumalanga Forum

Auf dem Mpumalanga Forum am 28.11.2013 in der Staatskanzlei NRW konnte über die Erfahrung der Süd-Nord-Bildungsarbeit u. a. mit der südafrikanischen Umweltorganisation *GeoSphere South Africa* berichtet werden. Der Süd-Nord-Bildungsaustausch im Rahmen der NRW-Partnerschaft mit Mpumalanga wird durch Mitarbeit im Mpumalanga Forum ausgebaut und auf weitere Teile Südafrikas ausgedehnt. Themenschwerpunkt ist auch hier die Energiewende. Neben dem Bildungsaustausch findet für Germanwatch dort der zivilgesellschaftliche Austausch zu Energiewendee Erfahrungen in NRW und Südafrika statt.

Ziel zwei: Netzwerkarbeit und Beratung von Verbänden & Initiativen / Bildung für Nachhaltige Entwicklung ausbauen und strukturell verankern

Die Strategietage für (Jugend-)Gruppen und Initiativen haben sich auch aufgrund der sehr guten Kooperation mit dem Haus Wasserburg, der Bildungsstätte der Pallotiner etabliert². So fand im November 2013 der zweite Strategietag zum Thema Energiewende und im März 2014 der dritte Strategietag zum Thema Ernährungssicherung und Ernährungswende statt. Jeweils etwa 25 Aktive aus Verbänden und Initiativen sowie interessierte Einzelpersonen nahmen daran teil. In der Kooperation mit der agl, dem bundesweiten Dachverband der Eine-Welt-Landesnetzwerke, konnte dies in einer MitarbeiterInnenfortbildung fortgeführt werden.

Lobbyarbeit für BNE – Suche nach struktureller Verankerung

In konkreter BNE-Lobbyarbeit versuchen wir BNE institutionell in schulischen Bildungsplänen sowie in der Aus- und Weiterbildung zu verankern. Dies geschieht in Kooperation mit dem Eine-Welt-Netz NRW, der BNE-Agentur NRW, Greenpeace, der Universität Lüneburg und dem bundesweiten Promotorenprogramm.

makeITfair-Bildungsarbeit

Das Team Unternehmensverantwortung hat in Kooperation mit dem BNE-Team, aufbauend auf den erfolgreichen Materialien zu „makeITfair“, im Rahmen der Berliner Promotorenstelle mit der Begleitung des Sukuma-Bürgerfilmpreises zum Thema faire IT sowie mit Vorträgen, Diskussionen und Beratungsanfragen die Bildungsarbeit intensiviert.

Ziel drei: Konkrete Bildungsarbeit in Schulen und Gruppen: Germanwatch Klimaexpedition und Bildungsmaterialien weiterentwickeln

Mit der Germanwatch Rohstoffexpedition ist nun neben der nach wie vor sehr stark nachgefragten Germanwatch Klimaexpedition ein weiteres auf Satellitenbilder gestütztes Bildungsangebot bundesweit im Einsatz. Die Kooperation mit Lightcycle macht es für Wertstoffhöfe bundesweit möglich, im Rahmen der Lightcycle Rohstoffwochen die Germanwatch Rohstoffexpedition für Schulen in ihrem Einzugsgebiet zu buchen. Wir hoffen auf eine Ausweitung des Angebots in 2015. Währenddessen ist die Germanwatch Klimaexpedition weiterhin bundesweit auf Tour. Durch eine

² Die Pallotiner sind eine weltweit aktive Gemeinschaft, die das Laienengagement in der katholischen Kirche fördert. Mehr Informationen: www.haus-wasserburg.de

Spende an Germanwatch wurde neben der Durchführung von interaktiven Präsentationen für SchülerInnen nun auch ein verstärkter Einsatz der Germanwatch Klimaexpedition für Bildungs-MultiplikatorInnen ermöglicht, bspw. für LehrerInnen im Rahmen von Fortbildungen.

Bildungsarbeit: Beratung, Seminar und Vorträge

Wir konnten wieder eine Vielzahl von Vorträgen und Beratungen durchführen, dabei wurde mit der MitarbeiterInnenschulung des Caritas-Verbandes in Freiburg erfolgreich Neuland betreten. Ebenfalls konnte für den internationalen Masterstudiengang „Global Change Management“ der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde wieder ein intensives, zehntägiges Blockseminar über angewandte Klimapolitik in Bonn angeboten werden.

Infostände

Das BNE-Team koordiniert und betreut Germanwatch-Infostände auf eigenen und relevanten externen Veranstaltungen. So gab es Germanwatch-Infostände bei der Verleihung des Deutschen Nachhaltigkeitspreises in Düsseldorf, dem Weltgarten des Eine-Welt-Netztes NRW im Kölner Zoo, der Bildungsmesse didacta in Stuttgart, dem NRW-Klimakongress, dem Klimaschutzplan NRW in Wuppertal, dem Global Media Forum in Bonn, der Germanwatch-Konferenz „2° or 4° Climate Change? Consequences for Development“ und der NRW Nachhaltigkeitskonferenz in Düsseldorf.

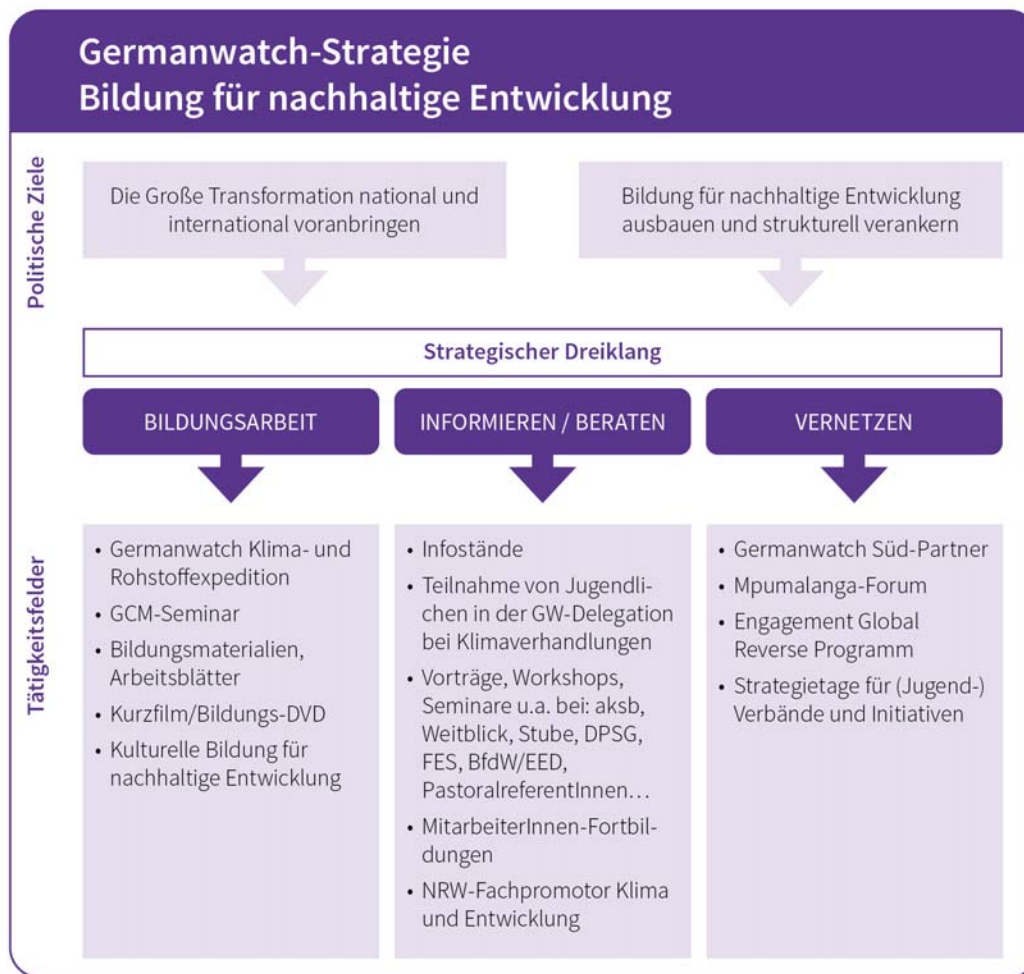
Bildungsmaterialien

Neben der Aktualisierung von zahlreichen Arbeitsblättern zum globalen Klimawandel für den Unterricht konnten nun zum ersten Mal auch *Arbeitsblätter in englischer Sprache* (www.germanwatch.org/en/worksheets) angeboten werden, die sich – so das Feedback von zahlreichen LehrerInnen auf der Bildungsmesse didacta – sehr gut für den Englisch- und bilingualen Unterricht einsetzen lassen. Auf der Bildungs-DVD „Climate Change from above“ stehen nun auch weitere Bildungsmaterialien für den englischsprachigen Unterricht aber auch für Süd-NGOs zur Verfügung.





Ausblick

Mit Strategietagen im November 2014 zum Thema „Sustainable Development Goals (SDGs)“ setzt Germanwatch die Information und Beratung von Verbänden und Initiativen fort. Das Team bereitet derzeit auch ein Schwerpunktthema für die Arbeit in 2015 vor: Die Vermittlung der Chancen und Hintergründe des entwicklungspolitischen „Superjahres“ 2015 (EU-Jahr der Entwicklung, Beschluss zu den Sustainable Development Goals und das angestrebte Klimaabkommen beim UN-Klimagipfel in Paris) werden in der Bildungs- und Beratungsarbeit im Vordergrund stehen. Derzeit entwickelt das Bildungsteam auch wieder zahlreiche neue Bildungsmedien wie eine Ausstellung und ein online-Quiz zum IPCC-Bericht, neue handlungsmotivierende Postkarten sowie einen weiteren Germanwatch-Kurzfilm. Auch sitzen wir im Veranstalterkreis des großen Bildungskongresses „WeltWeitWissen 2016“ in Bonn. Außerdem wollen wir im Jahr 2015 das Konzept des „Handprints“ unter dem Motto "sozialen Handabdruck vergrößern, ökologischen Fußabdruck verkleinern" (www.germanwatch.org/handprint) zu einem Bildungswerkzeug ausbauen, um eindrücklich zu vermitteln, wie wirkungsvolles Engagement für Zukunftsfähigkeit aussehen kann.



MitarbeiterInnen:

 <p>Stefan Rostock Teamleiter</p>	 <p>Alexander Reif Referent – Bildung für nachhaltige Entwicklung</p>	 <p>Clara Baues (bis 07/2014) Freiwilliges Ökologisches Jahr 2013/14</p>
---	---	---

In Zusammenarbeit mit dem Team von Geoscopia (Martin Fliegner, Holger Voigt, Doro Fliegner, Birgitt Gernhardt, Thomas Rahne, Michael Geisler)

PraktikantInnen im Berichtszeitraum: Steffen Haag, Jennifer Schnepfer, Sebastian Kiefer (auch im Team DEK), Desirée Rudolf, Christiane Siemer sowie Silke Grotegut als ehrenamtliche Mitarbeiterin

Verantwortlich seitens des Vorstands: Anne-Kathrin Kirchhof und Dr. Klemens van de Sand

Entwicklungsfinanzierung

Die wichtigste Entscheidung zur Entwicklungsfinanzierung im Berichtszeitraum fiel weder im Parlament noch in der Regierung; sie steht im Koalitionsvertrag und fiel damit in einem „Gremium“, das in der Verfassung gar nicht vorgesehen ist. In den Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl 2013 war in der Arbeitsgruppe für Auswärtiges, Verteidigung und Entwicklung Übereinstimmung erzielt worden, dass ab 2014 im Bundeshaushalt in jedem Jahr der Legislaturperiode die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit um eine Milliarde € wachsen sollten; das wären insgesamt 10 Milliarden gewesen. Die Freude war kurz; die drei Parteivorsitzenden Merkel, Gabriel und Seehofer kürzten diese Vorlage auf „zwei Milliarden in der Legislaturperiode“. Gegen die Entscheidung dieses Dreigestirns war jede Lobbyarbeit von vornherein aussichtslos. Allerdings steht trotz dieser Kürzung im Koalitionsabkommen, die Bundesregierung wolle sich im Laufe der Legislaturperiode dem 0,7%-Ziel „annähern“

Wir haben in einer kurzen Studie vorgerechnet, dass die Bundesrepublik selbst bei einem gleichbleibenden Bruttonationaleinkommen (BNE) zu keiner „Annäherung“ käme, die Quote also unter 0,4% bliebe. Bei einem – viel wahrscheinlicheren – Ansteigen des BNE würde die Quote sogar sinken. Diese Berechnung ging an alle MdB und alle entscheidenden Stellen in der Regierung. Wir erhielten viel Zustimmung, nicht nur aus der Opposition, sondern sogar ein „Danke“ von höchster Stelle im Ministerium. Aber uns ging es nicht um „Dank für die Unterstützung“, sondern um eine substantielle Erhöhung des Budgetansatzes. Die blieb aus.

Wir beteiligen uns auf nationaler wie internationaler Ebene an den Diskussionen um das Ende der Millennium Development Goals (MDG) 2015 und ihre Erweiterung durch so genannte Sustainable Development Goals (SDG) für die kommenden Dekaden. Dabei halten wir daran fest, dass Mittel für den „Klimaschutz“ zusätzlich bereitgestellt werden müssen, aber auch an dem Grundsatz von Rio 1992, dass „der Umweltschutz Bestandteil des Entwicklungsprozesses sein (muss) und nicht von diesem getrennt betrachtet werden (darf)“.

Wir haben einen Anteil daran, dass die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTS) in zumindest 11 EU-Ländern sehr wahrscheinlich geworden ist, beobachten jedoch mit Unbehagen, dass die Begehrlichkeiten auf die voraussichtlich hohen Erlöse auch außerhalb der Bereiche „Umweltschutz“ und „Armutsbekämpfung innen wie außen“ umso größer werden, je näher die Möglichkeiten einer Erhebung der FTS rücken. Hier ist weiterhin größte Aufmerksamkeit erforderlich.

Mitarbeiter:



Dr. Ludger Reuke
Referent für Entwicklungspolitik

Pressearbeit

Germanwatch konnte in den letzten 12 Monaten sowohl mit eigenen Pressekonferenzen und -mitteilungen als auch mit Gastbeiträgen und Exklusivartikeln in großen Medien seine Wirkung in der Medienlandschaft vergrößern. Höhepunkte waren neben den schon traditionell national und international viel beachteten Klimaschutz- und Klima-Risiko-Indizes der erstmals erschienene Bericht „Globales Wirtschaften und Menschenrechte“ sowie Gastbeiträge des Politischen Geschäftsführers Christoph Bals in der Süddeutschen Zeitung (19.11.2013, Außenansicht, S.2) und in der Frankfurter Rundschau (03.02.2014, „Klimapolitik ist Friedenspolitik“, S. 3). Wirkungsvoll war auch der Bericht der Nachrichtenagentur Reuters, die in ihrem internationalen Service am 14.11.2013 exklusiv über unsere Analyse zur Aufgabe der europäischen Vorreiterrolle im Klimaschutz berichtete („Europe cannot afford to give up climate leadership – report“, by Barbara Lewis).

Insbesondere der *Klima-Risiko-Index* (Pressespiegel: www.germanwatch.org/de/7795) stieß im vergangenen Jahr auf ein noch größeres Medienecho als bisher. Ein wesentlicher Grund dafür war der verheerende Wirbelsturm Hayan, der kurz zuvor Teile der Philippinen verwüstet hatte und bis heute als stärkster je auf Land getroffener Wirbelsturm gilt, seit es entsprechende Messungen gibt. Im Inland berichteten alle großen Nachrichtenagenturen über den Index, bei Spiegel Online war er über mehrere Stunden die Top-Nachricht auf der Startseite, später war er zudem Thema in den heute-Nachrichten (ZDF), im ARD/ZDF-Morgenmagazin (Interview mit Sönke Kreft) und der ARD-Talksendung „Beckmann“ (Thema: „Extremwetter durch Klimawandel?“). Insgesamt verzeichneten wir zum Klima-Risiko-Index allein im Inland acht Radio- und Fernsehbeiträge – zumeist Interviews mit Christoph Bals oder Sönke Kreft – sowie Artikel in fast allen überregionalen und vielen regionalen Medien. International ragten die umfangreichen Berichterstattungen der Agenturen Reuters und Bloomberg sowie großer Medien wie The Guardian, Pakistan Observer oder Hindustan Times (Indien) heraus. Auch in den folgenden Monaten tauchte der Klima-Risiko-Index immer wieder in internationalen Medien auf.

Auch der *Klimaschutz-Index* (Pressespiegel: www.germanwatch.org/de/7877), der ebenfalls während des UN-Klimagipfels in Warschau veröffentlicht wurde, fand erneut große Resonanz in den Medien. Im Inland berichteten die Nachrichtenagenturen dpa und AFP ausführlich, zudem war der Index ein großes Thema bei Spiegel Online und später in der Printausgabe der „Bild am Sonntag“ („Deutschland ist klimaanfreundlicher als Rumänien“). Zudem verzeichneten wir insgesamt sieben Radio- und Fernsehbeiträge, unter anderem stellte Jan Burck den Index in der TV-Live-Sendung „Alle Wetter“ im Hessischen Rundfunk vor. In Österreich löste der Index eine politische Kontroverse zwischen dem Umweltminister Niki Berlakovich und den Grünen aus. Zu den internationalen Höhepunkten zählten die Berichterstattungen von Bloomberg, The Guardian, International Business Times oder auch Kommersant (Russland). Der Klimaschutz-Index war in der Folgezeit immer wieder Bezugspunkt in der internationalen Berichterstattung. Während der Klimakonferenz hatten wir zudem O-Ton-Beiträge zu den allgemeinen Fortschritten bei den Verhandlungen u. a. in den ARD-Tagesthemen (23.11.13) und im ARD/ZDF-Morgenmagazin (22.11.13) sowie Auftritte von Christoph Bals in den Live-Talksendungen „Arena“ (WDR 2) und „Redezeit“ (NDRInfo).

Ein weiterer Höhepunkt in der Pressearbeit war die erstmalige Vorstellung des Berichts „Globales Wirtschaften und Menschenrechte – Deutschland auf dem Prüfstand“ gemeinsam mit Misereor im Februar dieses Jahres. Mit diesen Berichten wollen wir künftig regelmäßig – voraussichtlich alle zwei Jahre – auch zum Thema Unternehmensverantwortung einen wichtigen Bezugspunkt für Medienberichterstattung schaffen. Zur „Premiere“ wurde der Bericht von mehreren überregionalen Zeitungen prominent platziert, unter anderem im Wirtschaftsteil der Süddeutschen Zeitung

sowie im Handelsblatt, der Frankfurter Rundschau und der taz. Auch die Wochenzeitung Die Zeit brachte eine Meldung zu dem Bericht.

Die zunehmende Presseresonanz auf Unternehmensverantwortungsthemen zeigte sich auch bei einer Pressemitteilung, mit der wir Anfang Juni dieses Jahres Vodafones Marketingstrategie „Jedes Jahr ein neues Smartphone“ kritisierten.



„Jedes Jahr ein neues Smartphone“ – Werbung in der Koblenzer Vodafone Filiale. Foto: Germanwatch

Diese Kritik wurde beispielsweise von den Nachrichtenagenturen AFP und KNA aufgegriffen und war auf vielen der Hauptnachrichtenseiten im Internet – u. a. www.welt.de und www.zeit.de – im Newsticker zu finden. Wie im Klimabereich kommen inzwischen auch bei diesem Themenfeld immer häufiger Medien direkt auf uns zu, im Berichtszeitraum etwa Deutschlandradio Kultur, das Fernsehprogramm der Deutschen Welle, Radio Bremen oder das Handelsblatt.

Strategische Pressearbeit

Insgesamt haben wir begonnen, die Pressearbeit auch in strategischer und qualitativer Hinsicht weiterzuentwickeln. Ziel ist in erster Linie, dass qualitativ gut über die für Germanwatch zentralen Themen berichtet wird, um globale Gerechtigkeit und ein Wirtschaften im Rahmen der Grenzen des Planeten voranzubringen. Demgegenüber ist es ein sekundäres Ziel, dass dabei auch Germanwatch platziert wird. Diese strategische Pressearbeit entwickeln wir weiter, etwa durch die gezielte Versorgung von einigen Journalisten mit Hintergrundinformationen, durch Pressemitteilungen im Vorfeld von zentralen Entscheidungen oder auch durch interne Fortbildungen der Germanwatch-Teams zum Thema Pressemitteilungen in Bonn und Berlin. Und nicht zuletzt konnten auch die personellen Kapazitäten zur Germanwatch-Pressearbeit ausgebaut werden. Auch der „Output“ sowie seine Wirkung sind stark gestiegen: Von September 2013 bis Anfang August 2014 veröffentlichten wir 65 Pressemitteilungen (zum Teil gemeinsam mit anderen Organisationen). In der Mehrzahl der Fälle erreichten wir eine gute Abdruckquote bei Agenturen sowie überregionalen Medien und oft auch Interviewanfragen im Nachgang der Veröffentlichung von Pressemitteilungen. Erfreulich ist auch, dass immer mehr Medien die gesamte Bandbreite unserer Themen entdecken. So gab es vermehrt Anfragen zu Themen aus dem Bereich Unternehmensverantwortung (siehe oben) sowie zu Welternährung und Handel, insbesondere in der Zeit nach Veröffentlichung unserer „Trendanalyse zur globalen Ernährungssicherung“ von Dr. Klemens van de Sand, über die unter

anderem in der Süddeutschen Zeitung (Wirtschaftsteil) berichtet wurde. Damit konnten wir in vielen Medien dazu beitragen, zentrale Themen, die im Fokus unserer Arbeit liegen, auf die Agenda zu setzen und eine fundierte Berichterstattung darüber zu unterstützen.

Ausblick

Wir möchten im Zeitraum 2014/2015 insbesondere unsere mittelfristige strategische Pressearbeit weiter ausbauen. Im Fokus stehen für uns dabei zwei Ziele: Zum einen wollen wir uns bei eigenen Veröffentlichungen und Analysen zunehmend in die Lage versetzen, entsprechend unseren politischen Zielen diese Themen mediengerecht aufzubereiten und so selbst Themen in den Medien zu setzen. Zum anderen wollen wir bei der Begleitung politischer und gesellschaftlicher Prozesse ein seriöser und zentraler Ansprechpartner für JournalistInnen bleiben. Dazu wollen wir weiterhin zügig und fundiert Entscheidungen und Entwicklungen kommentieren sowie – mehr noch als bisher – schon im Vorfeld solcher Prozesse Medien mit Hintergrundinformationen und Kurzanalysen versorgen. Zudem soll die Pressearbeit auch durch die Qualifizierung einzelner MitarbeiterInnen weiter verbessert werden. Denn nur wenn wir in der Lage sind, unsere wissenschaftlich validen Botschaften mediengerecht aufzubereiten und zu präsentieren, werden wir mit ihnen auch die notwendigen Veränderungen in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft anstoßen können.

Mitarbeiter:



Stefan Küper
Pressereferent

Öffentlichkeitsarbeit

Die MitarbeiterInnen der Öffentlichkeitsarbeit unterstützen die politischen Fachteams bei Redaktion, Layout und Verteilung ihrer vielfältigen Kommunikationsmaßnahmen. Die Zusammenarbeit beginnt meist schon bei der strategischen Planung in der Vorphase.

So begleitete das Team Öffentlichkeitsarbeit im vergangenen Berichtszeitraum wieder zahlreiche Fachpublikationen und Materialien (Flyer, Poster, DVDs etc.) sowie regelmäßig erscheinende Veröffentlichungen (Zeitung WEITBLICK, Mitglieder-Rundbrief EINBLICK, KlimaKompakt-Ausgaben, Newsletter mit Germanwatch-Kurznachrichten) an 22.000 eigene AbonnentInnen (siehe Tabelle).

Als ein besonderes Beispiel erfolgreicher Zusammenarbeit sei hier der erstmals erschienene Bericht „Globales Wirtschaften und Menschenrechte. Deutschland auf dem Prüfstand“ des Teams Unternehmensverantwortung und von Misereor genannt, der in Kooperation mit externen Honorarkräften und Dienstleistern entstanden ist.

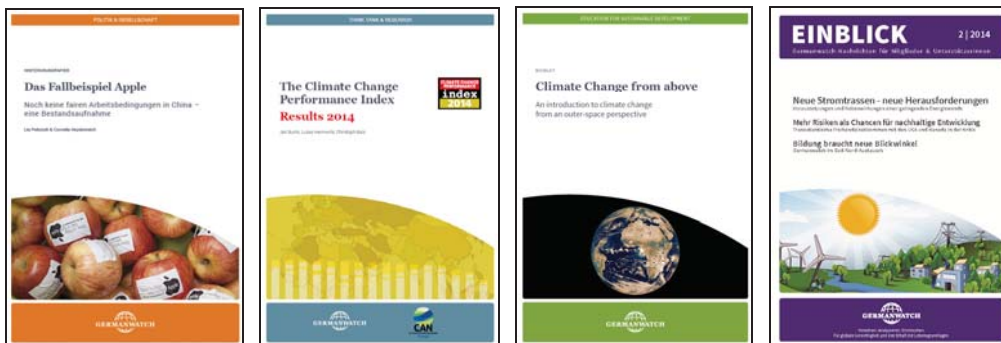
An dieser Stelle ein großes Dankeschön an alle AutorInnen, RedakteurInnen, GrafikerInnen, LayouterInnen und externen DienstleisterInnen, die ihren Beitrag für eine zielführende Öffentlichkeitsarbeit leisten!

Wir haben die Entwicklung und Umsetzung des neuen Corporate Designs – „von der Website bis zur Visitenkarte“ – 2013 weiter vorangebracht und werden es noch in 2014 abschließen. In diesem Zuge haben wir auch eine visuelle Codierung der Publikationen eingeführt. Jetzt sehen die LeserInnen durch die Kennzeichnung der jeweiligen Perspektive auf einen Blick, in welcher Rolle Germanwatch als Akteur die jeweilige Publikation erstellt (Politik & Gesellschaft, Think Tank & Research, Bildung, Verbraucherinformation) und welche Zielgruppen (breite Öffentlichkeit, EntscheidungsträgerInnen, ExpertInnen, MultiplikatorInnen) wir vorrangig ansprechen wollen.

Tabelle: Übersicht AbonnentInnen und Publikationen – Vergleich mit dem letzten Berichtszeitraum

	09/2013–08/2014	zum Vergleich: 09/2012–08/2013	zum Vergleich: 09/2011–08/2012
Ausgaben der Zeitung Weitblick (Auflage je ca. 100.000)	2 Ausgaben (3 weitere geplant in 2014 ab Sept.)	5 Ausgaben	4 Ausgaben
Weitblick-AbonnentInnen	13.601	13.359	13.091
KlimaKompakt-AbonnentInnen	6.802	6.471	6.177
Kurznachrichten-AbonnentInnen	1.455	1.066	711
Bestellungen gedruckter Materialien	358 BestellerInnen, 10.146 Einzelmaterialien	über 480 BestellerInnen, ca. 10.950 Einzelmaterialien	über 420 BestellerInnen, ca. 9.270 Einzelmaterialien
Facebook	1.200 Likes	650 Likes	-

Stand: August 2014



Auswahl neu gestalteter Publikationen aus 2014, von links nach rechts: "Das Fallbeispiel Apple" (Politik & Gesellschaft), "The Climate Change Performance Index 2014" (Think Tank & Research), "Climate Change from Above" (Bildung), EINBLICK (Nachrichten für Mitglieder und UnterstützerInnen)

Strategie der Germanwatch-Öffentlichkeitsarbeit

Zu den wichtigsten strategischen Zielen der Öffentlichkeitsarbeit zählt es, die zentralen Inhalte der Germanwatch-Arbeit zielgruppengerecht zu vermitteln und den aktuellen sowie potenziellen InteressentInnen attraktive Angebote zu machen, regelmäßig von uns mit Informationen versorgt zu werden.

Service

Kostenlose Abos (Zeitung Weitblick, Newsletter Kurznachrichten, KlimaKompakt): www.germanwatch.org/abos

Publikationen bestellen und/oder herunterladen: www.germanwatch.org/de/publikationen

Aktuelle Pressemitteilungen: www.germanwatch.org/de/presse

Veranstaltungen: www.germanwatch.org/de/termine

NEU: Blog- & Videobeiträge: www.germanwatch.org/blog

Facebook: www.facebook.com/germanwatch

Youtube: www.youtube.com/germanwatch

Allgemeine Informationen: www.germanwatch.org

MitarbeiterInnen:



Pascal Molinario
Teamleiter



Pascale Piel
(bis 07/2014)
Freiwilliges Ökologisches Jahr 2013/14



Biko Thomas
(seit 08/2014)
Freiwilliges Ökologisches Jahr 2014/15

Mit Unterstützung von Ljiljana Djuric und Andrea Taubert

Praktikantin im Berichtszeitraum: Natalie Muth (seit 8/2014)

Verantwortlich seitens des Vorstands: Anne-Kathrin Kirchhof, Klaus Milke

D Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen

Germanwatch arbeitet eng mit ausgewählten Organisationen, Partnern und Persönlichkeiten zusammen – sei es, weil wir sie als Dialogpartner schätzen oder unter dem Aspekt ihrer wichtigen strategischen Rolle für gemeinsame Ziele. Dadurch konnten auch im vergangenen Jahr wieder viele Verstärkungseffekte für uns erzielt werden und wir konnten andere zivilgesellschaftliche Debatten und Strukturen beeinflussen und von ihnen lernen. Gleichzeitig stellen unsere Vernetzungsstrategien eine besondere finanzielle und kapazitätsmäßige Herausforderung für Germanwatch dar.

Besonders verantwortliche Positionen etwa im Vorstand, in der politischen Koordination, Sprecherrat oder Beirat haben Germanwatch-MitarbeiterInnen oder Vorstände bei folgenden Partnerorganisationen inne:

- Climate Action Network (CAN)
- CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung
- Deutsche Physikalische Gesellschaft (AK Energie)
- European Coalition for Corporate Justice (ECCJ)
- Global Climate Forum (GCF)
- Klima-Allianz
- Munich Climate Insurance Initiative (MCII)
- Renewables Grid Initiative (RGI)
- Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK)
- Sustainable Development Solutions Network, German Chapter (SDSN Germany)
- Transform

Darüber hinaus ist Germanwatch Mitglied in folgenden politischen Netzwerken und Vereinen:

Agrarbündnis +++ Attac +++ Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag (BER) +++ Deutscher Naturschutzring (DNR) +++ Deutsches Institut für Menschenrechte e.V. (DIMR) +++ Eine Welt Netz NRW +++ Eine Welt Netzwerk Bayern +++ Eine Welt Netzwerk Hamburg +++ Erlassjahr.de +++ European Business Council for Sustainable Energy (e5) +++ Forum Menschenrechte +++ Forum Nachhaltige Geldanlagen +++ Forum Umwelt und Entwicklung +++ Global Campaign for Climate Action (GCCA)/tcktckt Campaign +++ Global Challenges Network (GCN) +++ Global Compact +++ GoodElectronics Netzwerk +++ Greenskies +++ Netzwerk NGO AK OECD-Leitsätze +++ Nord Süd Forum München +++ OECD Watch +++ Ökowerk NRW +++ Our World is Not For Sale (OWINFS) & Seattle to Brussels Network (S2B) +++ Publish what you pay +++ Steuer gegen Armut +++ TTIP unfairhandelbar +++ Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) +++ Verbändeplattform zur Reform der EU-Agrarpolitik +++ Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) +++ Zukunftsrat Hamburg

Arbeitsgruppen/Arbeitskreise etc., in denen wir aktiv sind, werden hier nicht separat aufgeführt, sofern sie innerhalb eines hier genannten Dachverbands angesiedelt sind.

Germanwatch, Stiftung Zukunftsfähigkeit, atmosfair – wie gehören sie zusammen?

Aus Germanwatch – gegründet 1991 – entwickelte sich die 1997 gegründete Stiftung Zukunftsfähigkeit, nicht zuletzt mit dem Ziel, die finanzielle Unabhängigkeit von Germanwatch dauerhaft zu sichern. Germanwatch als gemeinnütziger eingetragener Verein darf selbst nicht in größerem Umfang Geld langfristig binden, sondern muss es überwiegend unmittelbar und zeitnah ausgeben.



www.germanwatch.org

Die Stiftung ergänzt durch ausgewählte Lobbyaktivitäten die Arbeit von Germanwatch, so z.B. für die Einführung einer Nachhaltigkeitsberichtspflicht in der Altersvorsorge oder durch Moderationstätigkeiten bei den Klimaverhandlungen mit Delegierten aus Entwicklungsländern. Inzwischen haben mehr als 30 Zustifterinnen und Zustifter den Handlungsspielraum der Stiftung erweitert.



www.stiftungzukunft.de

Seit Mitte der 1990er Jahre bemüht sich Germanwatch intensiv um verbindliche Regulierungen der Treibhausgasemissionen des Flugverkehrs. Für alle VerbraucherInnen, die hierauf nicht länger warten wollen, hat Germanwatch gemeinsam mit Partnern atmosfair als freiwilliges Instrument ins Leben gerufen, das nach dem Nichtfliegen die zweitbeste Lösung für Klimaschutz im Flugverkehr darstellt. Die Stiftung Zukunftsfähigkeit ist heute einziger Gesellschafter der 2005 gegründeten atmosfair gGmbH. Christoph Bals und Klaus Milke sind neben zwei Vertretern des Bundesumweltministeriums Mitglieder im Fachbeirat von atmosfair.



www.atmosfair.de

E Finanzbericht – Kalenderjahr 2013

von Michael Windfuhr (Schatzmeister)

Einnahmen

Die Einnahmen im Jahr 2013 betragen rund 3.325.733 Euro (-16,3 % zum Vorjahr, vgl. Tab. E.1). Während die Einnahmen im ideellen Bereich unverändert hoch lagen, lässt sich die leichte Abnahme betrachtet auf das Gesamtbudget von Germanwatch hauptsächlich auf die Reduzierung der Einnahmen im "steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb" zurück führen. Eine besondere Rolle spielt dabei das im Jahr 2013 ausgelaufene Projekt "Loss and Damage in Vulnerable Countries Initiative", das seit 2011/2012 durch das Climate and Development Knowledge Network (CDKN) finanziert wurde und nach seiner Bewilligung zu einem deutlichen Anstieg des Budgets geführt hatte. Die Anzahl der Geber für Projektmittel ist unverändert hoch (vgl. Tab. E.2). Dies werten wir als ein Zeichen für die breite Anerkennung der Qualität unserer Arbeit; zudem ist das weit gefächerte Spektrum von Zuschussgebern eine wichtige Voraussetzung für die politische Unabhängigkeit und finanzielle Absicherung von Germanwatch. Bei der Höhe der Einnahmen ist – sowohl insgesamt als auch bei der Betrachtung einzelner Projekte – zu beachten, dass ein Teil der von Gebern erhaltenen Einnahmen zur Weiterleitung an Partner für „externe Projektarbeit“ in Kooperationsprojekten bestimmt ist (vgl. Abb. E.1 + E.2). Ein Beispiel hierfür ist ein durch die Stiftung Mercator finanziertes Projekt, bei dem wir zusammen mit der Organisation Third Generation Environmentalism (E3G) und Ecofys zu kohlenstoffarmer Stadtentwicklung in Deutschland und China arbeiten. Einen Teil der Gelder, die Germanwatch als „Senior Project Partner“ von der Stiftung Mercator für die Projektdurchführung erhält, werden hier vereinbarungsgemäß an die Partner weitergeleitet.

Die Zuordnung zum ideellen Bereich, dem "steuerbegünstigten Zweckbetrieb" und dem "steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb" erfolgt anhand bestimmter steuerrechtlicher Kriterien, insbesondere der Frage, ob es sich bei unserer Tätigkeit im steuerrechtlichen Sinne um eine für den Geber erbrachte Leistung gegen Entgelt (z.B. eine Beratungstätigkeit) handelt und - wenn dies der Fall ist - in welchem Umfang wir hierbei in Konkurrenz zu kommerziellen Leistungsanbietern stehen. Gegenüber 2012 ist der Umfang des "steuerbegünstigten Zweckbetriebs" um 24,8% gesunken. Dies ist hauptsächlich durch eine im Vergleich zum Vorjahr geringere Förderung der Klimaexpedition durch Lightcycle zu erklären, die wie bereits in den Vorjahren dem Zweckbetrieb zugeordnet wurde. Zieht man die Einnahmen für "externe Projektarbeit" (siehe oben) ab, macht der Anteil der Einnahmen im ideellen Bereich mit 72,2% den Großteil der zur Verfügung stehenden Mittel aus.

Mitgliedsbeiträge, Spenden und die allgemeine Programmförderung durch die Stiftung Zukunftsfähigkeit machen im Vergleich zu den Projektzuschüssen einen kleineren, dafür aber strategisch besonders wichtigen Teil aus. Diese überwiegend nicht zweckgebundenen Mittel können wir flexibel einsetzen. Wir nutzen sie beispielsweise, um schnell und unabhängig auf aktuelle politische Ereignisse mit Öffentlichkeits- oder Lobbyarbeit zu reagieren, um neue Projekte zu initiieren und kofinanzieren, um die Nachhaltigkeit und die zukünftige Handlungsfähigkeit zu sichern. Gerade bei der Kofinanzierung von Projekten leisten Mitgliedsbeiträge, Spenden und Programmförderungen eine besondere Hebelwirkung, weil wir viele der Zuschüsse im ideellen Bereich nur beantragen können, wenn wir einen gewissen Eigenbeitrag leisten können. Auch sind sie unerlässlich, um Kosten zu decken, die für unsere Arbeit essentiell sind, aber von einigen öffentlichen und privaten Gebern entweder gar nicht oder in zu geringem Umfang bezuschusst werden.

Die Mitgliedsbeiträge sind mit rund 72.845 € ungefähr auf dem Vorjahresniveau geblieben. Die Spendeneinnahmen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 6,5 % auf rund 128.548 €. Die

Stiftung Zukunftsfähigkeit, deren vorrangiger Stiftungszweck neben einer begrenzten Anzahl eigener Aktivitäten die Förderung von Germanwatch ist, hat uns abermals gefördert. Ihre Zuwendung in Höhe von 10.000 € war zur Programmfinanzierung vorgesehen und damit nicht zweckgebunden.

Allen Mitgliedern und Fördermitgliedern, Spenderinnen und Spendern, Zustifterinnen und Zustiftern der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie allen Zuschussgebern gilt unser besonderer Dank für ihre Unterstützung! Aber auch für die in großem Umfang geleistete ehrenamtliche Arbeit und den unermüdlichen Einsatz unserer MitarbeiterInnen und PraktikantInnen, die in dem vorliegenden Zahlenwerk nicht bzw. nur zum Teil enthalten ist, möchte der Vorstand an dieser Stelle Anerkennung und Dank aussprechen.

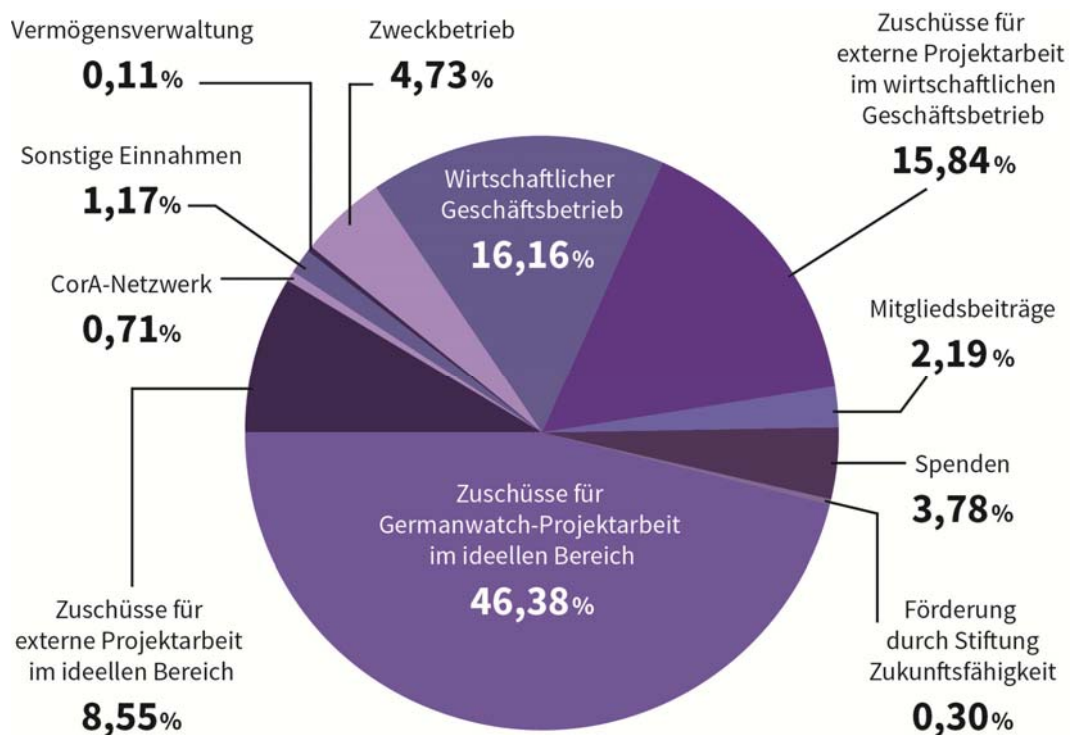


Abb. E.1: Einnahmen im Jahr 2013

Tab. E.1: Einnahmen-/Ausgabenrechnung 2013 und Vergleich zu 2012 (Ideeller Bereich, Vermögensverwaltung, Zweckbetrieb und steuerpflichtiger wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb (im Folgenden abgekürzt als WGB))

A. Einnahmen aus laufender Tätigkeit (ohne Zinseinnahmen)	2012	2013
<u>Ideeller Bereich:</u>		
1. Mitgliedsbeiträge	71.147,16 €	72.845,93 €
2. Spenden	120.733,80 €	128.548,77 €
3. Förderung durch Stiftung Zukunftsfähigkeit	10.000,00 €	10.000,00 €
4. Zuschüsse für Germanwatch-Projektarbeit ideell	1.724.194,11 €	1.542.471,47 €
5. Zuschüsse für externe Projektarbeit ideell	233.314,43 €	284.203,92 €
6. Einnahmen CorA-Netzwerk	35.142,00 €	23.625,02 €
7. Sonstige Einnahmen	24.096,44 €	38.941,33 €
<u>Zweckbetrieb und WGB:</u>		
8. Einnahmen Zweckbetrieb	209.183,55 €	157.295,72 €
9. Einnahmen WGB	638.115,82 €	537.273,74 €
10. Einnahmen für externe Projektarbeit WGB	899.933,79 €	526.859,57 €
	<u>3.965.861,10 €</u>	<u>3.322.065,47 €</u>

B. Ausgaben aus laufender Tätigkeit (ohne Nebenkosten Geldverkehr)Ideeller Bereich:

11. Löhne und Gehälter	825.643,54 €	891.795,48 €
12. Soziale Abgaben	147.690,88 €	159.531,08 €
13. Fremdhonorare	313.769,70 €	335.452,05 €
14. Miete/Mietnebenkosten	53.411,70 €	55.591,71 €
15. Abgaben/Versicherungen	4.090,59 €	2.011,67 €
16. Beiträge	42.625,00 €	14.521,82 €
17. Reisekosten	161.146,23 €	126.938,71 €
18. Instandhaltungen und Kleingeräte	11.915,90 €	13.235,34 €
19. Abschreibungen	6.272,64 €	9.181,09 €
20. Porto	34.252,41 €	23.660,46 €
21. Telefon/Internet	12.449,54 €	8.982,66 €
22. Kopier- und Faxkosten	20.124,11 €	15.696,19 €
23. Kosten Öffentlichkeitsarbeit	178.227,59 €	52.631,10 €
24. Externe Projektarbeit ideell	233.314,43 €	284.203,92 €
25. CorA-Netzwerk	23.935,10 €	32.336,98 €
26. Bürobedarf	4.722,00 €	5.422,94 €
27. Bücher und Zeitschriften	2.091,47 €	1.938,17 €
28. Rechtsberatung, Jahresabschluss- und Buchhaltungskosten	5.101,00 €	14.514,36 €
29. Sonstiges	10.249,09 €	17.706,91 €
<u>Zweckbetrieb und WGB:</u>		
30. Zweckbetrieb (Gehalts- und Sachkosten)	192.078,41 €	136.950,63 €
31. WGB (Gehalts- und Sachkosten)	600.937,49 €	533.815,87 €
32. Externe Projektarbeit WGB	899.933,79 €	526.859,57 €
	<u>3.783.982,61 €</u>	<u>3.262.978,71 €</u>

C. Laufendes Ergebnis

181.878,49 € 59.086,76 €

D. Einnahmen Vermögensverwaltung

33. Zinseinnahmen 7.085,55 € 3.623,01 €

E. Ausgaben Vermögensverwaltung

34. Nebenkosten des Geldverkehrs - 1.344,06 € - 435,83 €

F. Ertragsneutrale Posten

- 10.969,37 € - 778,94 €

G. Einnahmenüberschuss/ (-) Ausgabenüberschuss187.619,98 € 61.495,00 €**Gesamtergebnis 2013**

	<u>Einnahmen</u>	<u>Ausgaben</u>	<u>Einnahmenüberschuss</u>
Ideeller Bereich	2.100.636,44 €	2.065.352,64 €	35.283,80 €
Ertragssteuerneutrale Posten	45,00 €	823,94 €	- 778,94 €
Vermögensverwaltung	3.623,01 €	435,83 €	3.187,18 €
Zweckbetrieb	157.295,72 €	136.950,63 €	20.345,09 €
WGB	1.064.133,31 €	1.060.675,44 €	3.457,87 €
Summe	3.325.733,48 €	3.264.238,48 €	61.495,00 €

Tab. E.2a. Zuschüsse im ideellen Bereich im Jahr 2013 im Vergleich zu 2012**Verbandszuschüsse**

	<u>2012</u>	<u>2013</u>
European Climate Foundation	268.675,12 €	257.385,02 €
Stiftung Mercator	533.181,38 €	247.302,36 €
Smart Energy for Europe Platform (SEFEP)	155.043,49 €	148.130,49 €
Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst	96.452,63 €	61.821,38 €
Misereor	17.059,06 €	49.043,42 €
Stiftung Zukunftsfähigkeit	10.000,00 €	10.000,00 €
Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern	0,00 €	9.994,33 €
Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein	0,00 €	6.836,70 €
atmosfair gGmbH	0,00 €	6.000,00 €
The Body Shop	0,00 €	4.000,00 €
Landschaftsverband Rheinland	0,00 €	3.170,00 €
CANGO (China Association for NGO Cooperation)	0,00 €	3.030,00 €
Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen	19.914,30 €	2.575,00 €
Heinrich-Böll-Stiftung	3.422,82 €	1.388,59 €
Stiftung Umverteilen	0,00 €	750,00 €
Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen (über Fairplanet e.V.)	2.700,00 €	450,00 €
Climate Works Foundation	50.325,13 €	0,00 €
Stiftung Nord-Süd-Brücken	5.000,00 €	0,00 €
Fondation des droits de l'Homme au travail – FDHT	5.000,00 €	0,00 €

Deutsche Bundesstiftung Umwelt – DBU	2.525,00 €	0,00 €
Mercator Schweiz	2.000,00 €	0,00 €
	<u>1.171.298,93 €</u>	<u>811.877,29 €</u>

Davon wurden in 2013 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von 107.723,22 Euro einkommensneutral behandelt.

Zuschüsse von Behörden

	2012	2013
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)	200.000,00 €	396.255,40 €
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)	49.549,00 €	248.503,33 €
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) über Umweltbundesamt (UBA)	322.913,98 €	212.588,67 €
Europäische Kommission (über SOMO)	71.173,87 €	49.143,04 €
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)	0,00 €	44.731,71 €
Europäische Kommission (über Climate Action Network Europe)	71.706,92 €	21.514,16 €
Europäische Kommission (über Renewables Grid Initiative)	0,00 €	21.881,85 €
Land Berlin (über LEZ und SNSB)	0,00 €	14.288,51 €
Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg	0,00 €	8.640,00 €
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)	0,00 €	4.000,00 €
Europäische Kommission (über Uni Genua)	0,00 €	3.251,43 €
GIZ/ Engagement Global	42.100,00 €	0,00 €
Europäische Kommission (über RAC-France)	38.765,84 €	0,00 €
	<u>796.209,61 €</u>	<u>1.024.798,10 €</u>

Davon wurden in 2013 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von 136.731,12 Euro einkommensneutral behandelt.

Tab. E.2b. Einnahmen im steuerbegünstigten Zweckbetrieb im Jahr 2013 im Vergleich zu 2013

Steuerbegünstigter Zweckbetrieb

	2012	2013
Lightcycle Retourenlogistik und Service GmbH	160.053,80 €	72.569,00 €
EnergieAgentur.NRW GmbH	0,00 €	18.923,68 €
Land Sachsen, Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft	14.000,00 €	18.690,00 €
Land Rheinland-Pfalz, Forstverwaltung	0,00 €	15.341,45 €
Stadt München, Pädagogisches Umweltzentrum	0,00 €	5.233,64 €
Overseas Development Institute	6.956,21 €	2.168,64 €
Einnahmen aus Schulveranstaltungen	24.850,00 €	20.355,00 €
Sonstige Einnahmen	3.593,54 €	4.011,31 €
	<u>209.183,55 €</u>	<u>157.295,72 €</u>

Davon wurden in 2013 aktive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von 6.671,44 Euro einkommensneutral behandelt.

Tab. E.2c. Projektbezogene Einnahmen im steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb im Jahr 2013 im Vergleich zu 2013

Steuerpflichtiger wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb

	2012	2013
Climate and Development Knowledge Network (CDKN)	1.153.142,48 €	794.994,26 €
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)	325.705,69 €	203.096,89 €
Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK)	0,00 €	21.080,00 €
Perspectives GmbH	0,00 €	18.795,12 €
Stiftung 2 Grad	23.548,44 €	6.596,67 €
Deutsche Gesellschaft f. Internationale Zusammenarbeit (GIZ)	11.000,00 €	500,00 €
Renewable Energy Policy Network for the 21st Century	0,00 €	5.500,00 €
AirClim	0,00 €	8.760,00 €
Die Mimosen	0,00 €	588,24 €
Sustainable Business Institute	18.300,00 €	0,00 €
Climate Analytics	4.420,00 €	0,00 €
Agentur für Erneuerbare Energien	1.250,00 €	0,00 €
Sonstige Einnahmen	683,00 €	4.222,13 €
	<u>1.538.049,61 €</u>	<u>1.064.133,31 €</u>

Davon wurden in 2013 aktive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von 188.811,34 Euro einkommensneutral behandelt.

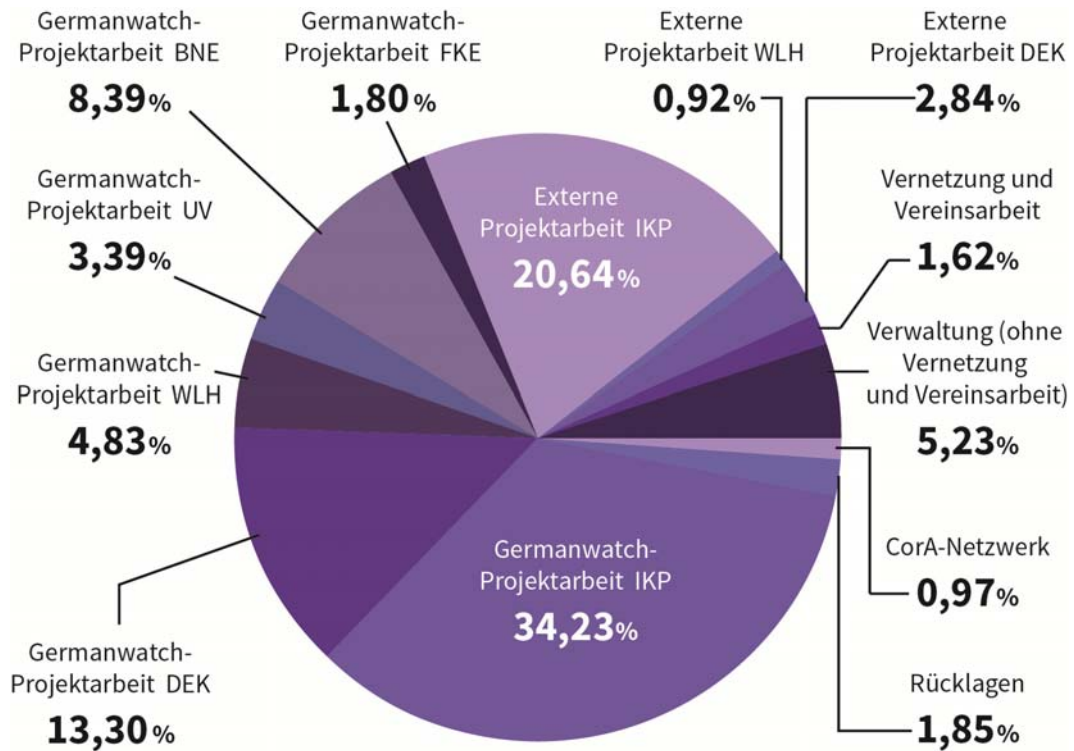


Abb. E.2: Verwendung der Einnahmen im Jahr 2013 – aufgeschlüsselt auf die Teams bzw. Arbeitsbereiche
 Erläuterung: IKP = Internationale Klimapolitik, DEK = Deutsche und EU-Klimapolitik, WLH = Welternährung, Landnutzung und Handel, UV = Unternehmensverantwortung, BNE = Bildung für nachhaltige Entwicklung, FKE = Finanzierung für Klima und Ernährung / Entwicklung. Das CorA-Netzwerk wurde separat ausgewiesen – Germanwatch leistet seit dem 23.12.2010 die Finanzverwaltung dieses Zusammenschlusses verschiedener Organisationen, die zum Bereich Unternehmensverantwortung arbeiten (darunter auch Germanwatch) und der keine eigene Rechtspersönlichkeit hat.

Ausgaben

Abb. E.2 zeigt die Ausgaben nach Tätigkeitsbereichen, wobei auch hier – wie bei den Einnahmen – die externe Projektarbeit separat ausgewiesen ist. Die Projektarbeit wurde nach unseren sechs politischen Fachteams gegliedert.

Der weitaus größte Bereich der Germanwatch-Projektarbeit entfällt wie 2012 auf Aktivitäten des Teams Internationale Klimapolitik (34,2 % der Ausgaben zuzüglich 20,64 % für externe Projektarbeit), gefolgt von den Teams Deutsche und EU-Klimapolitik (13,3 % zuzüglich 2,84 % für externe Projektarbeit) und Bildung für Nachhaltige Entwicklung (8,39 %).

Betrachtet man die Ausgaben nach Aufwandskategorien (Tab. E.1), so zeigt sich, dass den größten Anteil weiterhin die Personalkosten (Gehälter sowie dazugehörige Sozialabgaben) mit zusammengekommen rund 1.358.041 € (davon 306.715 € außerhalb des ideellen Bereiches) ausmachen. Dieser auf den ersten Blick hohe Anteil erklärt sich durch die Arbeitsweise von Germanwatch, die sich auf folgende Bereiche konzentriert: 1. Am Gemeinwohl orientierte Lobbyarbeit, 2. Think-Tank- und Research-Arbeit, 3. Bewusstseinsbildung und (breitere) Öffentlichkeitsarbeit, 4. Kampagnen, Aktionen und Aufforderung zum Handeln sowie 5. Bildungsarbeit im engeren Sinne. In der notwendigen fachlichen Tiefe und Kontinuität kann diese Arbeit nur mit einem hohen Anteil an eigenem Personal gewährleistet werden. Zusätzlich arbeiten wir allerdings – je nach Thema – mit vielen Partnern intensiv zusammen (siehe Abschnitt "Vernetzungen"). Honorarkräfte kommen nur in

begrenztem Umfang zum Einsatz und unterstützen uns dann überwiegend bei der Erstellung von Studien sowie im Bereich Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit inklusive Redaktion und Layout.

Bei unserer Arbeit, die den verletzlichsten und von negativen Auswirkungen der Globalisierung besonders betroffenen Menschen vor allem in den Entwicklungsländern zu Gute kommen soll, konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des „Nordens“ mit ihren weltweiten Auswirkungen. Dies führt im Ergebnis zu einer anderen Ausgabenstruktur als bei klassischen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit. Wir fördern in aller Regel keine "Entwicklungsprojekte" mit von uns finanzierten Partnern im Projektland. Unser "Entwicklungsprojekt" ist vor allem Deutschland. Durch diesen Unterschied weist unser Budget einen relativ hohen Anteil an eigenen Personalkosten auf.

Jahresergebnis

Das Jahresergebnis 2013 weist einen Überschuss von 61.495 € auf und liegt damit erneut im positiven Bereich. Dies ist Ausdruck davon, dass die Anstrengungen von Germanwatch, ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen, in 2013 wiederum zum Erfolg geführt haben. Damit wappnen wir uns zum einen für finanzielle Herausforderungen, die etwa durch die staatliche Schuldenbremse oder die verringerte Auszahlungsfähigkeit von Stiftungen wegen der extrem niedrigen Zinssätze auf uns zukommen könnten. Außerdem sehen wir es im Sinne einer verantwortungsvollen und nachhaltigen Vorgehensweise als wichtig an, angesichts des in den letzten Jahren erfolgten Wachstums unseres jährlichen Budgets den absoluten Umfang der Rücklage auszubauen. Zum einen können wir so wichtige Signale für höhere Arbeitsplatzsicherheit an die MitarbeiterInnen geben, deren kontinuierliche Mitarbeit ein zentraler Erfolgsfaktor ist. Zum anderen ist mit dem gewachsenen Gesamtbudget auch ein höherer Liquiditätspuffer zwingend erforderlich, um in bestimmten Projekten, in denen Geldgeber Zahlungen erst rückwirkend leisten, in Vorleistung treten zu können.

Grundlagen des Finanzberichts

Germanwatch nimmt als gemeinnütziger Verein für das jeweilige Kalenderjahr die Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes vor (sogenannte Gewinn- und Verlustrechnung). Grundlage für die Erstellung des gesamten Jahresabschlusses (inklusive Bilanz) bilden die *Besonderheiten zur Rechnungslegung Spenden sammelnder Organisationen*, herausgegeben vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW RS HFA 21). Das Jahresergebnis für 2013 wurde entsprechend der Entscheidung der Mitgliederversammlung vom 28.9.2013 von Herrn Dipl. Betriebswirt (FH) Michael Weckbecker, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer aus Bonn, auf der Grundlage der von ihm durchgeführten Rechnungsprüfung geprüft und bestätigt. Zudem fand am 17.6.14 eine Kassenprüfung durch die von der Mitgliederversammlung gewählten KassenprüferInnen Nicole Sasse und Jürgen Daamen statt, die zu keinen Beanstandungen führte.

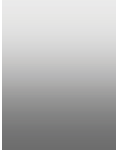




Laut Anlage 1 zum Bescheid für 2012 über Körperschaftssteuer vom 21.11.2013 erstreckt sich die entsprechende Steuerpflicht von Germanwatch ausschließlich auf den steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb. Im Übrigen ist der Verein nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftssteuergesetzes von der Körperschaftssteuer und nach § 3 Nr. 6 des Gewerbesteuergesetzes von der Gewerbesteuer befreit, weil er ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung dient.

Tab. E.3: Bilanz zum 31.12.2013 und Vergleich zum 31.12.2012

<u>AKTIVA</u>	<u>2012</u>	<u>2013</u>
	€	€
A. <u>Sachanlagevermögen</u>		
1. Software	1.049,50 €	5.185,50 €
2. Büroeinrichtung	2.870,50 €	2.337,50 €
3. Computeranlagen	11.575,50 €	13.786,50 €
4. Einbauten in fremde Grundstücke	0,00 €	20.992,00 €
5. Sonstige Betriebsausstattung	24.518,50 €	21.393,50 €
6. Geringwertige Wirtschaftsgüter	9,50 €	0,00 €
7. GWG Sammelposten	337,00 €	3,00 €
	<u>40.360,50 €</u>	<u>63.698,00 €</u>
B. Finanzanlagen		
7. Sonstige Ausleihungen	7.538,61 €	46.331,50 €
C. <u>Umlaufvermögen</u>		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	351.367,79 €	422.729,35 €
2. Sonstige Vermögensgegenstände	32.744,42 €	74.136,11 €
3. Flüssige Mittel	1.245.485,92 €	662.594,98 €
	<u>1.629.598,13 €</u>	<u>1.159.460,44 €</u>
D. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 €	4.760,00 €
<u>Summe Besitzposten</u>	1.677.497,24 €	1.274.249,94 €
<u>PASSIVA</u>		
E. <u>Vereinsvermögen</u>		
1. Rücklagen gem § 58 Nr. 7a AO	425.472,16 €	486.967,16 €
2. Rücklagen gem § 58 Nr. 6 AO	248.557,86 €	248.557,86 €
	674.030,02 €	735.525,02 €
F. <u>Rückstellungen</u>		
1. Steuerrückstellungen	2.029,00 €	4.189,80 €
2. Sonstige Rückstellungen	4.000,00 €	5.500,00 €
G. <u>Verbindlichkeiten</u>		
1. Darlehensverbindlichkeiten	6.712,26 €	6.712,26 €
2. Verb. aus Lieferungen und Leistungen	487.670,02 €	183.134,67 €
3. Sonstige Verbindlichkeiten	64.978,62 €	34.982,21 €
H. <u>Passive Rechnungsabgrenzung</u>	<u>438.077,32 €</u>	<u>304.205,98 €</u>
<u>Summe Schuldposten</u>	1.677.497,24 €	1.274.249,94 €
<u>Vermögen des Vereins</u>		
Abstimmung 2013:		
Vermögen des Vereins 2012		674.030,02 €
Jahresüberschuss 2013		61.495,00 €
Vermögen des Vereins 2013		<u>735.525,02 €</u>

MitarbeiterInnen des Teams Finanzen & Verwaltung:

Leitung: Dr. Gerold Kier (Administrativer Geschäftsführer)

 <p>Ljiljana Djuric Sekretariat und Projekt- assistenz Büro Berlin</p>	 <p>Lisa Meier Finanzreferentin</p>	 <p>Ulrike Koll Finanzreferentin</p>
 <p>Andrea Taubert Sekretariat und Projekt- assistenz Büro Bonn</p>	 <p>Heike Zbick Finanzreferentin</p>	

Mit Unterstützung von Judit Mays, Pascale Piel, Clara Baues

F Ausblick

Intensiv hat das Germanwatch-Team zusammen mit dem Vorstand – zuletzt noch in der gemeinsamen Herbstklausur am 4. bis 6. September 2014 – die Herausforderungen für das Schlüsseljahr 2015 diskutiert und analysiert. Wir haben uns intensiv in Deutschland und international in die Debatte um den Klimagipfel in Paris eingebracht, wir haben zu den Sustainable Development Goals und der Zukunftscharta des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unsere Kommentare abgegeben, haben uns am deutschen Chapter des Sustainable Development Solution Network beteiligt und wollen weiter dazu beitragen, dass aus dem – was Nachhaltigkeit und internationale menschenrechtliche Auswirkungen seiner Aktivitäten angeht – „Entwicklungsland Deutschland“ ein pro-aktives „Lösungsland Deutschland“ wird.

Zwei der Anlässe ragen auf der internationalen Agenda heraus.

Erstens der UN-Klimagipfel in Paris im Dezember 2015. Er soll zum ersten internationalen Klimaabkommen führen, in dem nicht nur die Industrieländer, sondern alle für den Klimaschutz relevanten Staaten Klimaschutz-Ziele übernehmen sollen. Dabei ist nach der Lektion des Klimagipfels von Kopenhagen klar: ernsthafte Klimaziele wird es nur geben, wenn *vorher* bei den Regierungen die Bereitschaft zum Handeln entsteht. Deshalb sind die Beschlüsse zum Energie- und Klimaschutz bis 2030 in der EU im Oktober 2014 so zentral. Deshalb ist es ganz wichtig, ob Deutschland die Energiewende zum Erfolg führt und ob die Klimaschlücke, die zum selbst gesetzten 40-Prozent-Ziel bis 2020 in Deutschland klafft, wenigstens weitgehend gestopft werden kann.

Wichtig ist zudem, dass nicht nur für den Klimaschutz, sondern auch zum Abbau der Verletzlichkeit und zur Steigerung der Resilienz die notwendigen Ziele und Maßnahmenpakete verabschiedet werden. Es gilt, diese Maßnahmen gut abzustimmen mit den im kommenden Jahr ebenfalls anstehenden Beschlüssen zur Reduzierung der Katastrophenrisiken im Rahmen des Hyogo Framework for Action.

Zweitens die Festlegung von Sustainable Development Goals in New York im September 2015. In diesem Kontext werden einerseits die Millennium Development Goals zur Armutsbekämpfung – in Entwicklungsländern und mit Unterstützung der reichen Länder – weiter entwickelt. Zu dieser Weiterentwicklung gehört einerseits, dass stärker als bisher auch die umweltpolitische Seite der Ziele bedacht wird. Zum anderen – und das ist auch aus deutscher Sicht sehr relevant – sollen diese Nachhaltigkeitsziele auch für Industrieländer festgelegt werden. Die Bewährungsprobe in Deutschland und der EU ist, ob es gelingt, diese tatsächlich in den zentralen Rahmenseetzungen für die Wirtschafts-, Energie-, Verkehrs- und Landwirtschaftsentwicklung deutlich relevanter als bisher zu machen. Auch eine entsprechende Aufwertung des Nachhaltigkeitsrates sowie eine Überarbeitung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und -agenda stünden an. Eine Messlatte für diese Ernsthaftigkeit ist für uns auch, ob es in Deutschland und der EU zu einer angemessenen Umsetzung der UN Guiding Principles for Human Rights and Business (UNGPs) kommt. Wenn man die Geheimverhandlungen der EU-Kommission zu den bilateralen Handelsabkommen mit den USA und Kanada anschaut (TTIP und CETA), sieht man allerdings, dass es starke Kräfte gibt, die die politische Handlungsfähigkeit zur Verankerung von notwendigen Rahmenbedingungen und Regulierungen, um Nachhaltigkeitsziele durchzusetzen, systematisch unterminieren wollen. Wir sehen zunehmend Anzeichen dafür, dass die politische Debatte über die *Konsequenzen* der grundlegenden Krisen (etwa Flüchtlinge, militärische Konflikte und Spannungen, ...) den ernsthaften Willen, die internationale *Kooperation* voranzubringen, damit die Ursachen der Krisen entschieden angepackt werden, in den Hintergrund drängen. Es ist erschreckend zu sehen, wie die Lobbyisten der Rüstungsindustrie sich mit politischer Rückendeckung dafür einsetzen, dass deutsche Waffen aus kurzfristigen Profitinteressen auch an sehr problematische Regierungen weiter geliefert werden, statt die deutsche Lösungskompetenz auf nachhaltige Problemlösungen zu fokussieren.

Wie wird sich die deutsche Regierung zu alldem positionieren? Frau Merkel hat mit unklaren Gründen („Terminkollision“) abgesagt, zum Sonder-Klimatreffen der Regierungschefs bei der UN-Generalversammlung im September 2014 zu kommen. Andererseits hat sie angekündigt, beim G7-Gipfel in Deutschland (2015) Klima als eines der beiden zentralen Themen im Vorfeld des Pariser Klimagipfels zu verankern. Diskutiert wird derzeit, dass dort Initiativen für die Finanzierung von Erneuerbaren Energien in Entwicklungsländern sowie für eine Klima-Risikoversicherung angestoßen werden könnten. Auch für die Verabschiedung der Sustainable Development Goals könnten vom G7-Gipfel sowie den im Frühjahr vorgeschalteten G7-Wirtschafts-/Energieminister-, Finanzminister- und Außenministertreffen wichtige Impulse ausgehen. Wichtig ist, dass die G7-Aktivitäten möglichst wirkungsvoll mit dem G20-Gipfel, der 2015 in der Türkei stattfindet, abgestimmt werden.

Wichtige Impulse für unsere Bildungsarbeit können zudem von der Fortsetzung der Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung sowie dem für 2015 in der EU ausgerufenen Jahr der Entwicklung ausgehen.

Keine Frage – im nächsten Jahr werden wichtige Weichen gestellt. Und wir werden kritisch *hinsehen*, aus verschiedenen relevanten Perspektiven *analysieren* und uns möglichst wirkungsvoll *einmischen*.

Germanwatch

„Hinsehen, Analysieren, Einmischen“ – unter diesem Motto engagiert sich Germanwatch für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen und konzentriert sich dabei auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unseres Einsatzes für eine nachhaltige Entwicklung.

Unsere Arbeitsschwerpunkte sind Klimaschutz & Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima & Entwicklung/Ernährung. Zentrale Elemente unserer Arbeitsweise sind der gezielte Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen.

Germanwatch finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuschüssen der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie aus Projektmitteln öffentlicher und privater Zuschussgeber.

Möchten Sie die Arbeit von Germanwatch unterstützen? Wir sind hierfür auf Spenden und Beiträge von Mitgliedern und Förderern angewiesen. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Bankverbindung / Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft AG,
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00,
BIC/Swift: BFSWDE33BER

Weitere Informationen erhalten Sie unter **www.germanwatch.org** oder bei einem unserer beiden Büros:

Germanwatch – Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn
Telefon +49 (0)228 / 60492-0, Fax -19

Germanwatch – Büro Berlin

Stresemannstr. 72, D-10963 Berlin
Telefon +49 (0)30 / 2888 356-0, Fax -1

E-Mail: info@germanwatch.org

Internet: www.germanwatch.org



Hinsehen. Analysieren. Einmischen.
Für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen.